Anzeigenpreise: Die 8gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 100.— Mark, Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 40.— Mark. Kleine Anzeigen per Wort 5.— Mark. — Reklamepreis: Die Millimeterzeile 3 gespalten oder deren Raum im Text 280.— Mark.

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Bezugspreis: Durch Austräger 1000.— Mk. pro Woche. Durch die Post 8000.— Mk. pro Monat und Nachzahlung des Differenzbetrages an die Prov.-Genossenschaft. — Redaktionssprechstunde: 5—6 Uhr nachm. Postscheckkonto: Breslau Nr. 810 59. — Fernspr.: Breslau, Ring 8887. Einzelnummer 200 Mk.

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Nummer 106. | Dienstag, den 8. Mai 1923. | 5. Jahrgang.

Prügel, Polizeigewalt gegen proletarische Abgeordnete!

Die kommunistische Landtagsfraktion mit Polizeigewalt aus dem Sitzungssaale geschleppt! / Die VSPD. und das Bürgertum verhöhnen schamlos Verfassung und Demokratie!

Berlin, 7. Mai.

Am heutigen Tage haben sich im Preußischen Landtage Vorgänge abgespielt, die sich in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung noch nicht ereignet haben. Die Gewaltszenen, die sich seinerzeit bei der Entfernung der Sozialdemokraten Leinert (des jetzigen Präsidenten) und Borchardt abgespielt hatten, wurden weit in den Schatten gestellt. Damals konnte sich der „Vorwärts", dessen Parteigenossen die Anstifter und Mitschuldigen der heute verübten Anschläge gegen die Vertreter einer Arbeiterpartei sind, nicht genug tun an Entrüstungsartikeln über die junkerliche Vergewaltigung der Volksvertreter. Es wurden täglich in Riesenlettern Proteste des sozialdemokratischen Parteivorstandes, der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstages und des Landtages veröffentlicht und die Berliner Arbeiter wurden zu sozialdemokratischen Massenversammlungen gegen den Gewaltstreich des damaligen Landtagspräsidenten Erffa aufgeboten.

Die heutigen Ereignisse hatten ihre Ursache **darin, daß die Mehrheit des Landtages** in geschlossener Front der Deutschnationalen mit Einschluß der Sozialdemokraten sich weigerten, das dem Genossen Katz geschehene Unrecht vom Freitag zu revidieren. Genosse Katz hatte am Freitag in der Abwehr gegen beschimpfende Angriffe der Sozialdemokraten mit einer scharfen Redewendung geantwortet. **Die Sozialdemokarten waren zum Teil mit gefährlichen Werkzeugen über unsere Genossen hergefallen.** Während der Präsident Leinert seine gewalttätigen Parteifreunde nicht einmal zur Ordnung rief, **schloß er den Abg. Katz für 15 Tage aus** Als am Montag unsere Genossen forderte , daß das Plenum des Landtages die ungerechtfertigte Disziplinierung des Genossen Katz zurücknehme, ging die Mehrheit des Landtages über alle Forderungen der Kommunistischen Fraktion zur Tagesordnung über.

„**Der Landtag wimmelte von Polizeispitzeln,** welche den Abgeordneten Katz am Eintritt hindern sollten und einen Druck auf die anwesenden kommunistischen Abgeordneten ausüben sollten. Die Kommunistische Fraktion forderte nun die sofortige Abberufung der Polizeibeamten aus dem Landtag. Als der Präsident und die Mehrheit des Landtages einschließlich der Sozialdemokraten dies verweigerten und die Beratung des Kultusetat fortsetzen wollten, griffen die Kommunisten zu dem einzigen noch möglichem Mittel des Protests, indem sie geschlossen riefen:

„Hinaus mit der Polizei!"

Jetzt spielten sich unbeschreibliche Szenen ab. Als die Bürgerlichen und die Sozialdemokraten merkten, wie tiefgehend die Empörung der Kommunisten war, entschlossen sie sich mit Polizeigewalt den Widerstand der Kommunisten zu brechen. Auf einen Wink des Präsidenten verließen die bürgerlichen Parteien und die Sozialdemokraten den Sitzungssaal. Die Tribünen, einschließlich Pressetribüne wurden gewaltsam geräumt. Selbst Abgeordnete des Reichstages wurden von den Tribünen verwiesen. Die Kommunistische Fraktion befand sich allein im Sitzungssaal. Jetzt, **nachdem alle Zeugen entfernt** waren, hielt man den Augenblick für geeignet, die Polizeischergen des Herrn Leinert wie eine Meute auf die kommunistischen Abgeordneten loslassen zu können. Zunächst stürzten sie sich auf den Abgeordneten Paul Hoffmann-Berlin.

Unser 61-jähriger Genosse wurde aus der Mitte der Fraktion herausgerissen und mit umgedrehten Armen aus dem Saale geschleppt.

Genosse Schnetter-Halle, wurde bei dieser Gelegenheit an der Kehle gepackt und roh beiseite geschleudert. Der Abgeordnete Scholem, Sabottka und Genossin Rosi Wolfstein von den Polizeibeamten im Landtagsgebäude festgenommen und in das Fraktionszimmer der Demokr. Partei geschleppt, dort eingesperrt, bis der Chef der politischen Polizei, Oberregierungsrat Weiß erschien, der in diesem Zimmer eine Polizeiwache errichtet hatte. Es soll gegen die drei Abgeordneten ein

Verfahren wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt

eingeleitet werden. Das fehlt nur zur Krönung der Gewalttätigkeiten, die man auf so schmähliche Weise unter Verfassungsbruch gegen unsere Genossen verübt hat. Nur weil kein Fluchtverdacht (!) vorlag, wurden die drei Genossen vorläufig entlassen und konnten für eine kurze Zeit den Sitzungssaal wieder betreten.

Im Anschluß an diese Szenen wurde nunmehr die Sitzung wieder eröffnet. Es wiederholte sich nun immer dasselbe Schauspiel. Unsere Genossen gaben ihrer Empörung gegen den Präsidenten und die bürgerlichen Parteien und den Sozialdemokraten unverblümt Ausdruck. Der Präsident bezeichnete dann nacheinander eine Anzahl kommunistischer Abgeordneter, die dann

gruppenweise unter dem Beifallsgeheul der Mehrheit aufs Brutalste von den Polizeiagenten aus dem Saal geschleppt wurden.

Selbst vor den Aeltesten, im Dienste der Arbeiterbewegung ergrauten Genossen auch nicht **einmal vor dem schwer kranken Abg. Menzel-Halle, schreckten die Schergen Severings zurück.** Beim Hinaustransportieren rief Gen. Menzel der SPD. zu: „Ihr sollt Euch schämen." Gleichzeitig mit Menzel wurden die Genossen Pieck, Charpentier, (61 Jahre alt) Knoth, Kilian, Schnetter usw. in der brutalsten Weise unter Püffen und Schlägen herausgezerrt. Ganz besonders tobte sich der Haß der Bürgerlichen und Sozialdemokraten bei dem besonders rohen Abtransport des Genossen Scholem aus. Genossin Wolfstein wurde **auf dem Fußboden durch die Bänke bis zur Tür geschleift,** wobei sie wie auch die übrigen Genossen und Genossinnen riefen: „Nieder die Parlamentsschande, pfui über die Sozialdemokraten; es lebe die Weltrevolution!" Später wurden die Genossinnen **Hanna Ludwig** und **Martha Arendsee** gemeinsam mit dem Genossen **Rogg** herausgezerrt. Es blieben nur der Genosse **König**, Weißenfels, und die Genossin **Gesske** zurück. Sie erklärten nunmehr **als letzte der Fraktion, daß sie in Solidarität mit ihren herausgeschleppten Fraktionsgenossen die Stätte eines Parlaments, das sich selbst so entwürdigt habe, verließen.**

Die Erregung über die Vorgänge hatte sich mit Windeseile bis in die Betriebe der Stadt und der Vororte verbreitet. Schon in den Nachmittagstunden erschienen

Delegationen von Sozialdemokraten, Unabhängigen und kommunistischen Arbeitern, z. B. aus den großen Betrieben der Berliner Anilinfabrik, den Görzwerken usw.

Wir können in Anwendung der Worte, die der „Vorwärts" am 10. Mai 1912 gegen den Gewaltstreich des Landtagspräsidenten von Erffa schrieb im Hinblick namentlich auf die Sozialdemokraten selbst wohl sagen:

„Tiefer hat sich das Parlament noch nie erniedrigt als durch Billigung und Duldung eines Gewaltaktes, der sich nicht nur gegen einen Abgeordneten oder eine Partei, sondern gegen das Parlament und die Institution der Volksvertretung selbst richtete.

So entwürdigend der Vorgang für das Preußische Abgeordnetenhaus war, so wenig haben wir ihn zu bedauern. Es war ein schwarzer Tag für unsere Reaktion (und diesmal auch für Demokratie und Sozialdemokratie, die nur die schlimmste Diktatur gegen das Proletariat decken! Die Red.) Bald genug werden die Urheber dieser unsäglichen Schmach merken, welch schlechten Dienst sie sich selbst erwiesen haben."

Cuno als faszistischer Agitator

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" meldet aus München:

„Am 1. Mai gab in einer Abendversammlung der Nationalsozialisten der Vorsitzende Esser bekannt, daß der Justizminister Dr. Gürtner ihn zu sich gebeten habe, um ihm etwa folgende Aeußerungen des Reichskanzlers Dr. Cuno zu Dr. Gürtner bei dem Berliner Besuch einzuschärfen: „Helfen Sie, die Bayern in meiner Front zu halten. Auf Bayern allein kann ich mich noch stützen. Bayern allein ist die Zuversicht aller Kreise, die glauben, daß an der Ruhr noch Widerstand geleistet werden kann. Auf Bayern und München blickt heute die ganze Welt."

Cuno hält sich heute nur durch die Unterstützung der Sozialdemokratie. Unsere Genossen müssen dafür sorgen, daß jedem sozialdemokratischen Arbeiter der Ausspruch Cunos bekannt wird. Er gibt mehr Aufklärung über Cunos Wesen als zehn seiner stundenlangen, langweiligen Reden.

Beamte und Reichsarbeiter macht Euch keine Hoffnungen!

Wolffs Büro meldet:

Die Blättermeldung, daß am Mittwoch im Reichsfinanzministerium neue Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen der Beamten und Reichsarbeiter beginnen, wird von einer Korrespondenz dahin berichtigt, daß sich an diesem Tage zunächst nur die Reichsressorts mit der neuen Teuerungsaktion beschäftigen werden und die Frage am Freitag in einer Konferenz der Landesvertreter erörtert werden soll. Kurz danach dürfte dann mit Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und den Spitzenorganisationen gerechnet werden.

•

Der Dollar steigt, die Preise steigen, mit einem Schlage sind die Reallöhne wieder um ein Erkleckliches abgebaut. Mögen die Beamten und Arbeiter mit ihren Hundelöhnen krepieren. Man „beschäftigt sich", „erörtert" und es „dürfte mit Verhandlungen gerechnet werden". Was herauskommt, ist neuer Lohnabbau. Wie lange will die Beamten- und Arbeiterschaft die Komödie, die auch die Gewerkschaftsvertreter mit mimen, mit ansehen? Es wird Zeit, daß die Beamten und Proleten um ihre Existenz kämpfen, wenn sie nicht mit ihren Familien langsam aber sicher zugrunde gehen wollen.

Die krummen Wege zur Großen Koalition

Von A. Thalheimer

Daß die rechten Führer der Sozialdemokratie der Großen Koalition zustreben (die „linken" rutschen ihr zu), ist schon sonnenklar. Aber auf geradem Wege, offen, geht das nicht, von wegen der sozialdemokratischen Arbeiter. Die haben bereits in Sachsen gezeigt, daß sie da nicht mitmachen, sobald sie klar sehen, wohin die Reise geht. Also wird die Sache von dem führenden Klüngel der Sozialdemokratie auf krummen Wegen, auf Schleichpfaden fein listig und behutsam vorbereitet, um im geeigneten Augenblick die Massen der eigenen Partei zu überrumpeln. Der Görlitzer Parteitag hat bereits gezeigt, wie solch ein „Ding gedreht" wird. Der „geeignete Augenblick" wird da sein, wenn die nötige Panikstimmung erzeugt ist. Dieser Augenblick wird kommen, wenn die Ruhrkrieglüge zusammenbricht, wenn die ganze Größe des Zusammenbruchs der bürgerlichen Ruhrfront drohend vor den Massen steht.

Es ist darum nötig, rechtzeitig in das Dunkel der krummen Wege zu leuchten, auf denen die große Koalition planmäßig und beharrlich vorbereitet wird.

Der hervorragendste dieser krummen Wege ist der dreiste Schwindel von der Stresemannschen Sachwerterfassung. Stresemann hat jetzt im „Tag" einen Artikel geschrieben, worin er erklärt, die Erfassung der Sachwerte, um innerpolitische Konzessionen an die Linke zu machen, oder um eine vorläufige Lösung der Reparationsfrage zu erreichen, gehe nicht. „Wenn wir aber", so erklärt der Patriot, „durch die Garantie der Wirtschaft eine einträgliche, endgültige Lösung der Reparationsfrage erhalten können, dann muß sie (die Garantie der Wirtschaft) dem Staate zur Verfügung gestellt werden." Gleichzeitig klopft der Biedermann (im Kriege einer der Hauptagenten für die Annexion des Erzbeckens von Briey) den sozialdemokratischen Führern auf die Schulter, von denen viele durch Taten bewiesen hätten, daß sie das „Staatsbewußtsein" besitzen. Man müsse „Sozialismus und Staatsbewußtsein" miteinander vereinen, was das auch immer heißen mag. Um andererseits die „Staatsgesinnung" der Stinnespartei ins rechte Licht zu rücken, erklärt Stresemann mit schönem Pathos: „Es dürfe kein Zweifel darüber bestehen, daß das gegenwärtige Geschlecht sich zum heutigen Staate bekannt (das Wort „Republik" geht diesen guten Republikanern und spendablen Geldgebern der Faszisten nicht so über die Lippen), ihn nicht verachtet und verleumdet, sondern mitarbeitet und ihn verteidigt, nach außen und nach innen."

Ueber dieses bezaubernde Bild sollte man schreiben: „Wie der Fuchs den Enten predigt." Und zwar müßte es ein bös' in der Klemme sitzender Fuchs sein.

„Die bemerkenswerten Ausführungen schließen mit einem Appell an die Einsicht, daß nicht eine Verschärfung der Gegensätze im Innern, sondern nur ihre Ueberwindung Deutschland wieder aufrichten kann" — so schließt der „Vorwärts" seine Betrachtungen. Ist es klar, wohin die Reise des „Vorwärts" geht?

Was hat es nun auf sich mit der Stresemannschen Sachwerterfassung oder „Garantie der Wirtschaft" für die Reparationen? Es ist ein aufgelegter Schwindel. Ein führendes schwerindustrielles Blatt, die „Deutsche Bergwerkszeitung", hat bereits (natürlich aus Furcht vor unerwünschten Wirkungen dieses demagogischen Schwindels) die Katze aus dem Sack gelassen und unwirsch erklärt, die Schwerindus-

Arbeiter, Proletarier heraus zum Protest!

wie wenig von einer Erfassung der Sachwerte nichts wissen, und was Stresemann gesagt habe, sei etwas sehr anderes, als was die sozialdemokratische Demagogie daraus mache, und überdies habe Stresemann das auf eigene Kappe gesagt.

Der ganze Schwindel wird klar, wenn man die Tatsache daneben hält, daß sowohl im Januar wie jetzt bei dem „Angebot" der Cuno-Regierung die Industriellen und Finanziers sich geweigert haben, irgendwelche greifbare „Garantien" zu geben. Sie denken nicht daran, aus ihrer Tasche die Zinsen einer eventuellen Anleihe für Deutschland zu zahlen, worauf es allein ankommt. Dagegen ist es nicht ausgeschlossen, daß sie um der sozialdemokratischen Demagogie willen das Etikett der Sachwerterfassung gebrauchen werden, um unter diesem Titel die anderen, die Arbeiter, bluten zu lassen. So wie sie den Trick mit der „Zwangsanleihe" gemacht haben, der schließlich auf eine lächerlich winzige Papieranleihe hinauslief. Was die sozialdemokratischen Führer allerdings nicht hinderte, den Betrug zu schlucken, um das Steuerkompromiß zu machen, das mehr als 90 Prozent aller Steuern den Arbeitern aufhalst.

Im übrigen enthält bereits der französische Reparationsplan von Anfang Februar die technischen Anweisungen für eine „Sachwerterfassung" gegen Entschädigung der Unternehmer!

Dieser ganze Schwindel platzt, sobald auf die eindeutige Beantwortung der Frage gedrängt wird: Wollt ihr aus euren Sachwerten ohne Entschädigung die Anleihezinsen decken oder nicht? Natürlich denken sie nicht daran, und die koalitionslüsternen sozialdemokratischen Führer denken nicht daran, sie darob peinlich zu befragen. **Das müssen die Arbeiter tun, wenn sie nicht einem elenden Betrug zum Opfer fallen und durch diesen Köder in die Stinnes-Koalition hineingeschwindelt werden wollen.**

Das ist einer der krummen Wege zur Großen Koalition. Von den anderen hat die Arbeiterschaft in den letzten Tagen bemerkenswerte Proben bekommen. Das ist die vom Zaune gerissene systematische Hetze gegen die Kommunistische Partei, die stille Wühlarbeit gegen die proletarische Einheitsfront und ihre Erscheinungen, gegen die proletarischen Hundertschaften, gegen die sächsische Zeigner-Regierung, in Thüringen usw. Die Hetze gegen die Kommunisten soll den Bürgerlichen die „Zuverlässigkeit" der Koalitionsgenossen vor Augen führen. Die bürgerlichen Parteien im Preußischen Landtag haben sich schmunzelnd die Hände gerieben bei der von der sozialdemokratischen Fraktion kühl vorbereiteten Schlägerei gegen die Kommunisten. In Sachsen bemühen sich die Lipinski und Konsorten im Schweiße ihres Angesichts, die proletarischen Hundertschaften und mit ihnen die Grundlagen der Einheitsfront und der Zeigner-Regierung in die Luft zu sprengen. Noske höchstselbst hat sich zu diesem Zweck nach Dresden, zu seinem Freund Held, bemüht. Die Versuche, in Thüringen zur Großen Koalition zu gelangen, sind nachträglich abträglich abgeleugnet worden, sie bestehen darum nicht minder. Hand in Hand geht damit die verstärkte Kommunistenhetze in den Gewerkschaften. Das alles ist wie nach einem Stichwort im ganzen Reich aufgezogen.

Es ist auch ganz klar, daß die Kommunistenhetze die Begleitmusik zur Großen Koalition sein muß. Die Kommunisten, als Träger des Gedankens der proletarischen Einheitsfront, müssen verdächtigt, niedergehetzt sein, ehe man die sozialdemokratischen Arbeiter in die Hürden von Stinnes-Loucheur treiben kann, um bis auf die Haut geschoren zu werden.

Ob der Versuch gelingen wird oder nicht, wissen wir nicht. Wir werden jedenfalls alles aufbieten, damit er nicht gelingt. Wir werden mit verzehnfachter Energie und mit der größten Geduld die sozialdemokratischen Arbeiter aufklären über die krummen Wege, auf denen die annoch maßgebenden Führer sie in die Große Koalition hineinschwindeln und hineinschrecken wollen. Wir sind gefaßt auf neue Versuche, uns zu provozieren; solche Versuche werden gemacht werden, werden bereits vorbereitet (siehe Suhl, siehe Zella-Mehlis).

Darum gilt es jetzt schon, der Arbeiterschaft klar zu machen, wohin solche Versuche in Wirklichkeit zielen, von denen die Szenen im Landtag eine erste Kostprobe waren.

Ein Jahr Festung wegen Pressevergehen

Genosse Hager, früherer verantwortlicher Redakteur der „Roten Bayern-Fahne", wurde vom bayerischen „Volksgericht" zu 1 Jahr Festungshaft verurteilt. Dieses Urteil muß in Anbetracht der Harmlosigkeit der Strafsache als ungeheuerlich bezeichnet werden. Orgesch-Bayern, das Land des „Miesbacher Anzeigers", kann kommunistische Redakteure ohne weiteres zu jahrelangem Kerker verurteilen. Und Cuno sagt: „Auf Bayern allein kann ich mich noch stützen." Die Arbeiterschaft erhält die Rechnung: [illegible]

Englische Note in Vorbereitung

W.T.B. London, 7. Mai.

Heute fand unter dem Vorsitze Lord Curzons ein Kabinettsrat statt, auf dem dem Vernehmen nach die deutsche Note, die französisch-belgische Antwort, sowie die Antwort der britischen Regierung erwogen wurde. Wie Reuter erfährt, werde die britische Regierung wahrscheinlich beschließen, eine separate Note an die deutsche Regierung zu senden. Diese Note werde versuchen, die Wiedereröffnung der Verhandlungen zwischen Deutschland und den Alliierten zur Regelung der augenblicklich unbefriedigten Lage möglich zu machen.

Wie verlautet, wird die britische Antwort auf das deutsche Reparationsangebot etwa Mitte der Woche abgesandt werden. Die deutsche Antwort wird in britischen Kreisen als Ausgangspunkt für Verhandlungen, jedoch nicht als Verhandlungsgrundlage angesehen. Nach britischer Ansicht bedeutet die französische Antwortnote an Deutschland kein Zuschlagen der Tür. Man hofft, daß Deutschland die Antwort Englands und Italiens abwartet und dann den Alliierten ein abermaliges Angebot unterbreitet.

*

Die Cuno-Note drückte den Willen eines Teils der deutschen Bourgeoisie, des Handelskapitals und der Fertigindustrie aus, die kein Interesse an einer schleunigen deutsch-französischen Verständigung haben. Sie würden bei einem solchen Pakt geschäftlich vielleicht den Kürzeren ziehen. Die Schwerindustrie dagegen drängt auf schnelle Verständigung in der Ruhrfrage. Cuno gab noch dem ersten Teil des Bürgertums nach, als er ein Angebot machte, das absichtlich keine Verhandlungsgrundlage bot. Unter dem Drucke Englands, das die Haltung Frankreichs etwas mildern wird, wird in nächster Zeit die Verständigung zwischen deutscher und französischer Schwerindustrie auf Kosten der Arbeiter Tatsache werden. Den Abwehrkampf haben die Großindustriellen selbst nach Kräften sabotiert (siehe besonders Marksturz!).

Statt Cuno — Stresemann?

Die bürgerlichen Zeitungen berichten, daß sich Cuno mit Rücktrittsgedanken trage. Als aussichtsreichster Kandidat für seinen Posten wird Dr. Stresemann genannt. Damit wird der Weg frei zur großen Koalition und offenen Unterwerfung.

In der Republik

Unter den Gefangenen in Niederschönefeld befand sich auch ein früherer Student namens Ringelmann. Wegen angeblichen Hochverrats war er zu 6 Jahren Festungshaft verurteilt. 4 Jahre davon hatte er verbüßt. Nun genießt er die „Freiheit". Das Volksgericht Würzburg hat in geheimer Sitzung beschlossen, dem Ringelmann für den Rest der Festungshaft eine Bewährungsfrist bis 1. April 1928 gnädigst zu bewilligen. Die Freiheit, die Ringelmann nun in der deutschen Republik mit der demokratischen Verfassung genießt, schreibt vor, daß R. sich jeder politischen agitatorischen Tätigkeit während der ganzen Zeit der Bewährungsfrist enthalten und daß er sich jeden Wohnungswechsel und jeden Wechsel seiner Beschäftigung von der Staatsanwaltschaft in Würzburg huldvollst genehmigen lassen müßte.

Es fehlt nur noch, daß Brandzeichen oder die sichtbar zu tragende Verfehmungsmarke auf der Brust und die Demokratie in der Ebert-Republik ist trefflich gezeichnet.

Faszistenparaden

Berlin, 6. Mai.

Am Sonnabend fand eine Kriegerdenkmals-Enthüllung in Döberitz statt, bei der neben anderen Reaktionären auch Hindenburg, Prinz Eitel Friedrich, General Löwenfeld und Reichswehrminister Geßler anwesend waren. Hindenburg gedachte in seiner Ansprache des „allergnädigsten Kriegsherrn Sr. Majestät". Geßler sprach in seiner Rede den Wunsch aus, daß die junge Reichswehr im Geiste des alten Heeres erzogen und die alten Traditionen weiter gepflegt werden.

Gleiche Feiern fanden am Sonntag in Spandau und Potsdam statt, die ähnlich verliefen. In Potsdam beteiligten sich außerdem die preußischen Prinzen Oskar und August Wilhelm, sowie der General Mackensen. Die Potsdamer Bourgeoisie benützte die Gelegenheit zu monarchistischen Demonstrationen.

Kommentar erübrigt sich.

Die französischen Bischöfe unterstützen Poincare

Die bürgerliche Presse meldet verlegen:

Der Kölner Erzbischof und die Bischöfe von Paderborn und Münster hatten sich in einem Rundschreiben an die Bischöfe der ganzen Welt gewandt, um gegen die Ruhrbesetzung zu protestieren. Darauf antwortete jetzt der Kardinal Louchet von Orleans. Er wiederholt die alte Behauptung, daß die Deutschen überall Zerstörungen angerichtet hätten, daß sie Kirchen, Fabriken und Bergwerke vernichteten und die Dörfer verbrannten und ein Blutbad in Belgien und Nord- und Ostfrankreich anrichteten. Die Deutschen seien geschlagen worden. Durch die Niederlage gezwungen, hätten sie den Friedensvertrag unterzeichnet, den Frankreich nicht als Fetzen Papier betrachten könne. Kardinal Louchet behauptet, daß er diese Anschauung vor Gott und seinem Gewissen vertreten könne. Die Deutschen seien Schuldner und müßten bezahlen. Frankreich habe das Recht, so vorzugehen, wie es dies tue und es sei Aufgabe der Deutschen, die übernommenen Pflichten zu erfüllen. Der Kardinal behauptet, daß dies möglich sei. Er erkläre sich mit der Politik der französischen Republik solidarisch. Falls ihm der Erzbischof von Köln noch einmal das Echo der katholischen Deutschen [illegible] sollte, würde er es ihm zurückgeben.

Die Antwort des französischen Kardinals gibt eine treffliche Illustration der christlichen Bruderliebe. Genau wie im Kriege, so sehen wir auch heute die christlichen Glaubensgenossen, ja sogar die Mitglieder derselben Kirche, im Nationalhaß gegeneinanderstehen. Der französische Kardinal bezichtigt seine deutschen Glaubensgenossen, wenn auch etwas verblümt, mit Schwindeleien. Wahrlich, ein herrliches Bild, wenn man an die Worte des Meisters dieser streitenden Hetzapostel denkt: „Kindlein, liebet Euch untereinander."

Für die Verbindung mit dem proletarischen Rußland

Aehnlich wie der bremische Generalkonsul Roselius in der „Weserzeitung" befaßt sich Dr. Hans von Eckardt in der „Deutschen Bergwerkszeitung" mit der Lebensfrage Deutschlands. In einem Artikel, der die weltwirtschaftlichen Folgen der Amerikanisierung der Türkei darstellt, schreibt Eckardt u. a.:

„Damit zeichnet sich, wenn auch noch in undeutlicher Ferne jene große politische Konzeption vom Hintergrunde einer besseren Zukunft ab, die die Türkei, Mittelasien und Rußland mit den Vereinigten Staaten als der größten, leistungsfähigsten, sachlichsten (und infolgedessen uneigennützigsten) Wirtschaftsmacht verbindet. Wenn nämlich auch zurzeit die Verbindungen zwischen Angora und Moskau weniger lebhaft zu sein scheinen als noch vor Jahresfrist, so deutet doch alles darauf hin, daß Rußland in erster Linie an seine asiatischen Interessen denkt und also die enge Freundschaft mit den Mohammedanern auszubauen geneigt ist. Rußland bedarf jedoch hierzu der deutschen Hilfe, um, wie es heute schon sehr konkret geplant ist, in Mittelasien seinen Verbündeten — Chiwa, Buchara, Persien, Afghanistan — Industrieerzeugnisse liefern zu können. Rußlands Wiederaufbau kann ohne Deutschland sicherlich nicht vor sich gehen . . . aber Rußland ist ein ganzer Kontinent, und Sibirien ist unermeßlich, also wäre die russische Erwartung, daß Amerika sich an der Erschließung der russischen Naturschätze beteiligt, sehr wohl mit der Schaffung eines deutsch-russischen wirtschaftlichen Zusammenarbeitens vereinbar.

Auf der zweiten Lausanner Konferenz wird in beliebter Kurzsichtigkeit vorläufig wohl nur von Tagesfragen die Rede sein, zumal die Entente augenscheinlich noch immer nicht gelernt hat, wie zwecklos die provisorischen Halbheiten der von ihr gesuchten „Lösungen" sind. So soll z. B. Rußland nicht einmal zur Beratung, sondern nur zur Annahme oder Nichtannahme eines Meerengen-Abkommens zugelassen werden. Daß sich Rußland unter solchen Umständen an ähnliche Verträge nicht gebunden sieht, wird man den Russen nachgerade nicht verübeln können, ebenso wie nicht angenommen werden darf, daß die Türkei unter Umständen heute in der Frage der Kapitulationen nachgebend, morgen dieselben noch anerkennen wird.

Man täte in Deutschland daher gut, der Orientfrage erhöhte Bedeutung zuzuwenden. Denn Frankreichs Verhalten an der Ruhr und am Rhein dürfte davon abhängen, ob sich die Franzosen im Orient sicher fühlen oder nicht. Auch Frankreich besitzt Millionen mohammedanischer Untertanen und hat sich schon einmal in Faschoda eine Niederlage geholt, die es zur Bescheidenheit zwang. Um des Ruhreinbruches willen hat Frankreich den Lausanner Frieden schon einmal hintertrieben und hofft wohl auch heute, Englands Zugeständnis in seiner Rheinpolitik im Orient zu erkaufen. Für England ist jedoch im Osten zuviel auf dem Spiel, um auf die Dauer auf Schachergeschäfte einzugehen."

Die Perspektive für das Proletariat ist klar. Amerika sieht sich in seinem Expansionsdrange genötigt, eine Verständigung mit Frankreichs schärfsten Gegnern, Rußland und die Türkei, zu suchen. Eckard erkennt, daß es nur eine Macht gibt, die Deutschlands Position verbessern, stark machen könnte. Er verlangt darum die energische Aufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen mit Sowjetrußland. Das Orientproblem stellt Deutschland vor die bedeutungsvolle Entscheidung: entweder östliche oder westliche Orientierung.

Für das deutsche Proletariat steht in dieser Situation die Frage klar: Fortführung des Widerstandes gegen Poincaré und Cuno, gegen den französischen Imperialismus und die deutsche Bourgeoisie, die heute noch überwiegend ihren Vorteil in der Verständigung mit ihren Konkurrenten von jenseits des Rheins sucht. Kampf für die Verbindung mit dem proletarischen Rußland! Und Kampf für die Arbeiterregierung in Deutschland, sowohl als Voraussetzung des ernsthaften Kampfes gegen den französischen Imperialismus, sowie auch für eine Deutschland rettende Zusammenarbeit mit Sowjetrußland!

Die Reise Fochs nach Warschau

Gegen Rußland gerichtet

In der Moskauer „Iswestia" bringt „Re-Diplomat" die Reise Fochs nach Warschau mit dem Wunsche Frankreichs, einen Block mit Einschluß Polens, der Tschecho-Slowakei und der baltischen Staaten zu schaffen, in Verbindung. Insofern die Spitze dieses Unternehmens gegen Rußland gerichtet ist, glaubt „Re-Diplomat" nicht, daß sich die baltischen Staaten in ein solches Abenteuer Poincare und Pilsudski zuliebe einlassen werden, denn Moskau ist näher als Paris. Wenn Frankreich glaubt, auf diese Weise Rußland zur Nachgiebigkeit zu zwingen, so ist es im Irrtum, denn jede demonstrative Handlung wird die Vorsichtsmaßregeln Rußlands steigern.

Konferenz der Kontrollausschüsse

Berlin, 6. Mai.

Am Sonntag tagten auf Einladung des Reichsausschusses und des Groß-Berliner Fünfzehner-Ausschusses der Betriebsräte die Kontrollausschüsse Berlin-Brandenburgs. Die Konferenz beschäftigte sich vor allem mit den praktischen Aufgaben in der neuen Teuerungsperiode und der sächsischen Regierungsfrage. Sie nahm eine Resolution an, in der das Proletariat aufgefordert wird, durch Bildung von Kontrollausschüssen, Abwehrhundertschaften und einer Arbeiterregierung auf dem Wege der Selbsthilfe vorwärts zu schreiten.

Abgeordneten-Immunität

Reichstag

Berlin, 7. Mai.

Nach Erledigung einer kleinen Vorlage über Pachtverträge beschäftigte sich heute der Reichstag in ziemlich lebhafter Aussprache mit dem Antrage der Deutschvölkischen Freiheitspartei, die polizeilichen Eingriffe in ihren Bürobetrieb zu verurteilen. Die Geschäftsordnungskommission des Reichstags hat sich mit diesem Antrag nur insoweit befaßt, als bei dem polizeilichen Vorgehen die persönliche Freiheit der deutschvölkischen Abgeordneten beschränkt worden ist. Die Polizei hat den Deutschvölkischen schließlich eine Anzahl Zimmer zur Benutzung freigegeben und auch gestattet, das Büropersonal dauernd tätig ist, hielt aber die übrigen Zimmer besetzt und kontrollierte die Bücher des deutschvölkischen Parteibüros. Die Geschäftsordnungskommission beantragte, die Frage, ob die Immunität der Abgeordneten verletzt worden sei, zu verneinen und den Antrag der Deutschvölkischen für erledigt zu erklären.

Der deutschnationale Landgerichtsdirektor Warmuth, Vorsitzender der Geschäftsordnungskommission, beantragte, den Antrag der von ihm geleiteten Kommission abzulehnen.

Genosse Remmele erklärt sich bei der Beurteilung der Immunitätsrechte der Abgeordneten mit Wulle, Warmuth und Kahl einverstanden. Die Sache haben nur den Haken, daß die Herren jetzt auf einmal ihre Immunitätsfreundlichkeit aufdecken, während sie den Kommunisten gegenüber ganz anders handeln. Auch die Geschäftsordnungs-Kommission sei durchaus parteiisch. Den Fall der Deutschvölkischen habe sie in 14 Tagen erledigt. Von kommunistischer Seite liegen schon seit 2 und 1½ Jahren Beschwerden vor, die noch nicht einmal in Angriff genommen worden sind. Die Fälle beträfen Braß und ihn selbst. Braß sei seinerzeit in seinem Büro von einer Anzahl Polizisten überfallen und vergewaltigt worden. Man habe ihm Schriftstücke trotz Protesten aus der Tasche gerissen, gehaussucht, Schreibtische und Schränke aufgebrochen usw. Die Beschwerden seien sofort eingebracht worden. Bis heute habe aber die Geschäftsordnungs-Kommission zur Sache noch nicht Stellung genommen. Die Deutschvölkischen konnten in der Geschäftsordnungs-Kommission ihre Sache selbst vertreten; die kommunistischen Abgeordneten hat man nicht eingeladen zur Vertretung ihrer Beschwerde. Das zeige, daß die Unterstützung der Rechten über Verletzung der Immunität für sie nur ein politisches Geschäft sein soll. Dieselben Deutschvölkischen, die sich hier entrüsten, sind Verteidiger der bayerischen Politik. Dort werden seit Jahren kommunistische Abgeordnete gefangen gehalten. Den Abgeordneten Hagemeister hat man im Gefängnis zu Tode gequält. Außerbayerische Reichstags- und Landtagsabgeordnete werden in Bayern verhaftet, wenn sie sich dort politisch betätigen.

Nach einigen persönlichen Bemerkungen beantragt Genosse Bartz Aussetzung der Abstimmung, bis die Geschäftsordnungskommission über die kommunistische Beschwerde entschieden hat. Der Antrag wird gegen die Stimmen der Kommunisten und Unabhängigen abgelehnt. Auch die Sozialdemokraten stimmen geschlossen gegen diesen Antrag.

Genosse Koenen beantragt nunmehr, die Abstimmung bis morgen zu vertagen, um dem Reichstag Gelegenheit zu geben, zu den Vergewaltigungen der kommunistischen Abgeordneten im Preußischen Landtag Stellung zu nehmen. Auch dieser Antrag wird abgelehnt.

In namentlicher Abstimmung wird dann der Geschäftsordnungsantrag mit 210 gegen 116 Stimmen angenommen. Die Kommunisten und Unabhängigen stimmen für die weiteste Aufrechterhaltung der Immunität. Der Mittelblock — Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum — stimmen für den Geschäftsordnungsantrag.

Weiterhin wird dann in ziemlich lebhafter Aussprache der Etat des Reichsarbeitsministeriums erledigt. Gen. Malzahn vertritt noch einmal in längeren Ausführungen den kommunistischen Antrag auf Erhöhung der Arbeitslosenunterstützungssätze. Dieser Antrag, sowie der Antrag der VSPD., der die gleiche Materie betrifft, wird an den 5. Ausschuß zurückverwiesen.

Beilage zur „Schlesischen Arbeiter-Zeitung"

Nummer 106 — 5. Jahrgang.

Von deutscher Justizschande

Wie der Strafvollzug Max Hoelz körperlich und geistig zugrunde richtet

Der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik hat den Antrag des Genossen Hoelz auf Wiederaufnahme seines durch Sondergerichtsurteil abgeschlossenen Verfahrens abgelehnt, sodaß es gegen das auf lebenslänglich Zuchthaus lautende Urteil kein ordentliches Rechtsmittel mehr gibt. Die Angelegenheit wird nunmehr binnen kurzem vor dem Reichsamnestieausschuß beim Reichsjustizministerium vertreten werden. Vor dem Ausschuß wird Genosse Hoelz durch den Rechtsbeistand der Reichstagsfraktion der KPD., Genossen Felix Halle, und Rechtsanwalt Dr. Paul Levi Frankfurt am Main vertreten werden. Genosse Halle, der den Genossen Hoelz kürzlich im Gefängnis in Breslau besuchte, berichtet hier über seinen Eindruck von der verzweifelten Lage des Genossen Hoelz.

Am Sonnabend, den 14. April, fuhr ich in die nördliche Vorstadt Breslaus, um Max Hoelz im Zentralgefängnis in der Kletschkaustraße zu besuchen. Der Haupteingang des Gefängnisses liegt in einer stillen Vorstadtstraße, in der unbekümmert um das Leid, das vielen Hunderten von Menschen in nächster Nähe tagein, tagaus, Stunde für Stunde bereitet wird, die Kinder aus den umliegenden Häusern spielen. Die Anstalt ist ein moderner Bau. Zur Straße zu liegen liegen zunächst die Beamtenwohnungen in einzelnen Häusern. Das Düstere der älteren Gefängnisse aus den früheren Jahrhunderten fehlt und nur der Kundige weiß, was die Insassen, die sich in den modernen Strafanstalten der Bourgeoisie befinden, zu leiden haben. Auf der Straße patrouillieren vier Sipobeamte. Das Schild „Polizeiwache" am Haupteingang verkündet, daß die Bourgeoisie es für notwendig hält, den gefährlichen Revolutionär nicht nur von Gefängnisbeamten, sondern noch durch besondere Schutzpolizei bewachen zu lassen.

Ich schelle am Haupteingang, geräuschvoll wird das Tor aufgeschlossen, ich zeige meine Legitimation, werde durchgelassen und über 2 Höfe unter nochmaligem Auf- und Zuschließen der großen Türen zum Hauptgebäude der Männerabteilung geführt. Der Direktor, ein römisch-katholischer Geistlicher, empfängt mich in seinem Arbeitszimmer. Er versichert mir nach der Begrüßung, daß Hoelz alle Vergünstigungen genieße, die überhaupt im Gefängnis gewährt werden können. Er erteilt den Befehl, Hoelz zu holen. Hoelz tritt ein. Ich erschrack. Hoelz befindet sich erst seit April 1921, also knapp zwei Jahre, in Haft. Ich hatte ihn zuletzt in Moabit am Abend seiner Verurteilung gesehen. Was haben diese knapp zwei Jahre Einsperrung aus ihm gemacht. Gewiß, schon bei seiner Hauptverhandlung zeigten sich bei Hoelz die Nachwirkungen der schweren Kriegsjahre und der anschließenden Jahre illegalen revolutionären Kampfes und Verfolgungen durch die bewaffnete Macht des Klassenstaates. Aber jetzt befindet sich in seinem Gesicht der Ausdruck der unaussprechlichen Leiden, die die Freiheitsentziehung ihm bereitet. Hoelz ist ein Tatmensch. Zur proletarischen Revolution kam er nicht durch Studium, sondern durch die unmittelbaren Erlebnisse als Soldat im imperialistischen Kriege und als Opfer der Arbeitslosigkeit bei der Mobilmachung. Die wertvollste Waffe im Kampfe mit den Leiden der Einsperrung ist für die geistigen Führer der Revolution die Konzentration. Sie hat es gefangenen Revolutionären ermöglicht, in der Haft Bücher zu schreiben und durch die Haft zu den Massen zu reden. Ihre ungebrochene Willenskraft hat selbst den zu Zwangsarbeit verurteilten Revolutionären geholfen, sich allen Widerständen zum Trotz dem künftigen revolutionären Kampfe zu erhalten. Max Hoelz' Stärke liegt in seinem Temperament. Sein ganzes Wesen drängt nach Freiheit. Sein Wille, seine Gesundheit zerbrechen an den Mauern des Gefängnisses. Auf Grund des Eindruckes, den ich in mehrstündiger Unterredung mit Hoelz gewonnen habe,

kann ich bekunden, daß Hoelz als nicht haftfähig angesprochen werden muß.

Hoelz ist keineswegs geisteskrank, im Gegenteil, sein politisches Denken ist durchaus klar. Die Erfahrungen der Kämpfe von 1920 und 1921 sind nicht ohne Nachwirkung auf seine Einstellung geblieben, aber sein Verlangen nach Freiheit ist so groß, so alles beherrschend in seinem Wesen, daß dieser Drang ihn unfähig macht, sich einer Arbeitsordnung zu unterwerfen oder auch nur die Sammlung und den Willen zu geordneter Selbstbeschäftigung zu finden. Er wird **von Nerven- und rheumatischen Schmerzen geplagt. Mehrfach ist er zusammengebrochen. Er hat sich beim Fallen verletzt und größere Blutungen gehabt. Er leidet unter Beklemmungszuständen und schwerster Depression.**

Die Fraktionen der KPD. im Reichstag und im Preußischen Landtag haben wiederholt beantragt, Hoelz wegen seiner Haftunfähigkeit aus dem Gefängnis in eine Krankenanstalt zu überführen. In Uebereinstimmung mit dem Reichsjustizministerium hat das Preußische Justizministerium diesen Antrag bisher stets abgelehnt. Es ist ganz selbstverständlich, daß Aerzte, die einen Fürsten Eulenburg für haftunfähig erklärten, einen proletarischen Kämpfer wie Max Hoelz als haftfähig angesprochen wissen wollen. Als Beweis dafür, daß Hoelz objektiv haftunfähig ist, ist der Umstand bezeichnend, daß die bürgerliche Gefängnisverwaltung es nicht wagen kann, an Hölz einen regulären Strafvollzug im Zuchthaus mit Arbeitszwang zu vollziehen, weil dann auf der psychologischen Grundlage des Hölz es sehr bald zu einem katastrophalen Ende kommen müßte und die Ursache des gewaltsamen Endes allzu deutlich erkennbar werden würde.

Wie grausam der Strafvollzug von dem Betroffenen empfunden werden muß, geht aus der Unterbringung des Genossen Hölz hervor. Unbekümmert um seine rheumatischen Schmerzen, an denen er seit dem Kriege leidet, läßt ihn die Bourgeoisie

in einer kalten mit Steinfußboden versehenen Zelle schmachten.

Die Zelle, in der sich Hölz tags- und nachtsüber mit der geringen Unterbrechung des Spazierganges aufhalten muß, hat einen Rauminhalt von 25 Kubikmeter und eine Bodenfläche 8,4 Quadratmeter. Schon für einen gesunden Menschen ist ein dauernder Aufenthalt in einem so kleinen Raume eine schwer Beeinträchtigung. Für einen so hochgradig psychopathischen Menschen ist aber ein längerer Aufenthalt in dieser Einengung unerträglich; er wird bei längerer Fortdauer der Haft

mit Sicherheit zugrunde gerichtet.

Die gesamte deutsche Arbeiterschaft darf sich über den Ernst dieser Lage des Genossen Hölz nicht im Unklaren befinden.

Ich habe in den vorstehenden Zeilen mich lediglich mit dem Strafvollzug gegen Hölz beschäftigt und den Nachweis geführt, daß Hölz nicht haftfähig ist und daß er deswegen unverzüglich in eine Krankenanstalt überführt oder entlassen werden muß. — Während meines Aufenthalts in Breslau erhielt ich Kenntnis von der Ablehnung des Wiederaufnahmeantrages des Hölz durch den Staatsgerichtshof und der Begründung seiner Entscheidung.

In einem zweiten Artikel soll die Stellungnahme des Obersten deutschen Gerichtes zum Fall Hölz und die Bedeutung des Amnestieverfahrens behandelt werden.

Die revolutionäre Arbeiterschaft muß alles daran setzen, um Hölz zu Hilfe zu kommen und ihn aus seiner elenden Lage zu befreien.

Felix Halle.

Aus Breslau

Wachsende Erkenntnis.

Die VSPD.-Arbeiter gegen die Politik ihrer Führer im Stadtparlament.

Der Sozialdemokratische Verein befaßte sich laut Volkswachtbericht am Freitagabend mit der kleinbürgerlichen Kommunalpolitik der VSPD.-Führer.

Der Stadtverordnete Hugo Frey versuchte die Politik seiner Partei bezw. die Politik, welche die sozialdemokratischen kleinbürgerlichen Führer im Stadtparlament treiben, zu rechtfertigen. Herr Frey ist recht unangenehm berührt, daß die sozialdemokratischen Arbeiter mit der Politik ihrer Führer unzufrieden sind. Er sang ein bewegtes Klagelied über die „harte und manchmal ungerechte" Kritik der Arbeiter und führte nach der Volkswacht aus:

„Unsere Genossen sind mit ihrer Politik und ihren Beschlüssen oft viel schneller als ihre Vertreter in dem Rathaus, die alles genau zu prüfen haben. Die Fraktion hat dann unter der vorgefaßten Meinung der Genossen zu leiden. So war es bei der Arbeiterschule, bei Skeine-Wüstendorf und neuerdings wieder bei der Frage des Magdalenengymnasiums. Bei letzterem steht es so, daß wir ihm neue Schulräume schaffen müssen, und daß Volksschulklassen leer stehen. Geben wir die Pestalozzischule nicht her, dann werden wir eine andere Schule geben müssen, und dann kommt von dort derselbe Protest."

Interessant war es auch, was Herr Frey über das Zusammengehen mit den Bürgerlichen ausführte. Er sagte:

„Bei unserer geringen Mehrheit haben wir uns von vornherein auf eine Zusammenarbeit mit den Demokraten eingestellt und Dr. Heilberg mehrmals als Vorsteher wiedergewählt. Leider mußten wir mit den Demokraten die Erfahrung machen, daß dort nicht etwa die demokratische Richtung Möhring-Tibe, auch nicht etwa die gewerkschaftliche Richtung Kothner-Hutzelberg, sondern die kapitalistische Richtung Hanke-Halfpaap-Streit-Wolff die Herrschaft ausübt."

Bezeichnend für die Illusion der VSPD.-Führer ist es, daß sie erst 1923 erkannt haben, welche Richtung innerhalb der demokratischen Fraktion den Ton angibt. Die Arbeiter, welche bereits vor Kriegszeiten auf der Tribüne der Verhandlungen der Stadtverordnetenversammlungen beiwohnten, wissen, daß die kapitalistische Richtung innerhalb der Demokratischen Partei nicht erst seit heute und gestern, sondern bereits seit länger als einem Jahrzehnt den Ton angibt. Die Novembersozialisten, früher Demokraten, welche nach 1918

Ein interessantes Kanalprojekt

Aus der „Frankfurter Zeitung" vom 28. April 1923:

Eine Sensation ist still und unerkannt durch die deutsche Presse gegangen: Der Asow-Kaspi-Kanal wird gebaut! Seitdem das Zarenreich begonnen hatte, sich ein Verkehrsnetz zu schaffen, ist dieser Plan nie ganz zur Ruhe gekommen und es mag als bedeutsames Zeichen erwachender Kräfte im neuen Rußland angesehen werden, daß gerade die Sowjet-Ukraine die ersten ernsthaften Schritte zu seiner Ausführung unternimmt, deren Tragweite in kultureller, wirtschaftlicher und politischer Hinsicht sich erst nach Inbetriebnahme des neuen Kanals übersehen lassen kann. Würden doch damit die Häfen von Astrachan und Baku auf dem Umweg über das Schwarze und das Mittelmeer an den Weltverkehr enger angeschlossen und der Besitz der Dardanellen noch erhöhte Bedeutung für Rußland — für das es eine Lebensfrage ist — und für England — für das es sich um eine Machtfrage handelt — unter der Voraussetzung gewinnen, daß wirklich die Anlage einer für Seeschiffe passierbaren Fahrrinne geplant ist, was aus den bisher vorliegenden trockenen Nachrichten noch nicht ersichtlich ist, aber nach der geplanten Linienführung als gegeben erscheint.

Der Kanal soll nämlich durch die Manytsch-Niederung geführt werden und dürfte damit eine Länge von mindestens 600 Kilometer erreichen. Der Manytsch ist eigentlich nur ein Regenfluß, der die Verbindung zwischen einer Kette von Salzseen herstellt. Auf den meisten Karten ist dieser Fluß als ein einheitlicher Wasserlauf dargestellt, während er sich aus zwei durch eine unbedeutende Wasserscheide getrennten Flußläufen zusammensetzt. So erklärt sich der seltsame Umstand, daß nach der Karte der Manytsch aus der Kaspischen Senke in die höher gelegenen Regionen fließen soll. Die größere Schwierigkeit bei der Anlage des Kanals dürfte weniger der Durchstich der Wasserscheide und die Herstellung einer genügend tiefen Verbindung zwischen den einzelnen Seen sein als die Wasserversorgung.

Die bisherigen Kanalpläne befassen sich in der Hauptsache mit dem Durchstich der Hochfläche zwischen Don und Wolga in der Gegend von Zarizin. Die zur Zarenzeit hierfür kompetenten Generale erklärten den Plan für undurchführbar. Sie hätten zwar gern das Geschäft gemacht, aber man machte lieber in Eisenbahnen, wo man nach dem bewährten Vorbilde des Generals Annenkoff beim Bau der Transsibirischen Eisenbahn wußte, wie das zu machen war, während man bei einem Kanalbau vielleicht nicht auf so günstige Gewinnaussichten gestoßen wäre. Diese Generale haben es sich vielleicht nicht träumen lassen, daß sie damit den Sowjets Gelegenheit geben, erneut ihre Tatkraft vor aller Welt zu beweisen.

Uebrigens steht der Kaspi-See durch die Wolga und verschiedene Kanäle mit der Ostsee und dem Polarmeer in Verbindung.

Geophil.

Der rote Geiger gefangen

In Preußen wird selbst eine bolschewistische Geige, eine Geige, die aus Rußland kam, als gefährliche Waffe befunden. Vielleicht war die Regierung der Meinung, hatte Angst, daß mit einer Geige ein Putsch gezeigt werden könnte, als sie den roten Geiger am 1. Mai in Magdeburg verhaften ließ, nachdem in einer friedlichen Versammlung seine Weisen ertönt waren. Vielleicht haben die Polizeisoldaten die rote Geige gar mit einem flammenden Schwert verwechselt. Die SPD.-Presse hat ja während der vorjährigen Tournee des revolutionären Geigers, die er im Auftrage der internationalen Arbeiterhilfe unternahm, genug gehetzt gegen die rote Zaubergeige, die anstatt reine Kunst zu produzieren, auch ein „politisch Lied, ein garstig Lied" für Bürger und Kleinbürger sang. Wie einst der Rattenfänger lockte der rote Geiger seine Zuhörer an einen Strom — an die rote Wolga — ja, er führte sie mitten in den roten Strom der Revolution hinein. Seine Musik machte die Herzen der deutschen Arbeiter weit und empfänglich für das, was er ihnen vom roten Rußland, von den russischen Brüdern, von ihren unsäglichen Leiden und heldenhaften Kämpfen zu sagen hatte. Er erzählte den deutschen Müttern von den russischen Müttern und Kindern . . . er spielte ihr Wiegenlied, und er spielte die Totenklage für die Opfer der Revolution und des Hungers. Und er gewann der internationalen Solidarität lebendigen Boden. Diese wachsende Solidarität aller Unterdrückten, das war der gefährliche Weg, der in den großen roten Strom mündet. Und daß der Geiger aus Rußland es wagte, mit den Ketten der deutschen Arbeiter zu klirren, sie zu erinnern, daß sie noch nicht frei sind; das alles muß wohl Hochverrat und staatsgefährlich sein — denn die Magdeburger Polizei kommt wahrhaftig mit nicht weniger als 50 Schwerbewaffneten, mit Lastautos und mit einem ganzen Polizeiapparat, um den einen zu fangen, einen Künstler, dessen ganze Bewaffnung in seiner Geige besteht. Man überfällt ihn feige, nicht als er mitten in der Versammlung ist, sondern allein im Künstlerzimmer. Diese waffenstarrende Staatsaktion gegen einen Künstler, der vielmehr mit menschlichen als mit politischen Argumenten, der letzten Endes mit seiner Kunst seine Hörer zu packen wußte, steht gewiß einzig da. Die deutschen Arbeiter werden gewiß ihren russischen Freund schützen, den einzigen Künstler, der ganz und ohne Vorbehalt zum Proletariat und zur Revolution hält, und mit seiner roten Geige nur den Arbeitern der Revolution dient.

Genosse Sörmus schreibt selbst über seine Verhaftung:

„Mit der Einreiseerlaubnis von dem deutschen Generalkonsul von Zürich ausgerüstet, kam ich am 1. Mai nach Magdeburg, um ein Konzert abzuhalten. Das Konzert war nicht verboten. Nach dem Konzert wurde ich von Polizeibeamten überfallen, von der Treppe an den Füßen heruntergeschleppt, wobei die Geige und der Bogen zerbrochen wurden. Dann zwang man mich, durch die Stadt im Sturmschritt zu laufen. Erst am 3. Mai wurde mir eine Abschrift des Regierungspräsidenten von Osnabrück zugestellt. Sie lautet folgendermaßen:

„Sie werden hiermit als lästiger Ausländer von Landespolizei wegen aus Preußen ausgewiesen und demgemäß aufgefordert, das Gebiet des preußischen Staates mit Frist von drei Tagen, vom Tage der Zustellung dieser Verfügung ab gerechnet, zu verlassen."

Also wurde ich gesetzwidrig verhaftet. Ein Telegramm an die russische Gesandtschaft, in dem ich die gesetzwidrige Handlung des Polizeipräsidenten von Magdeburg schilderte, wurde nicht abgeschickt. Es wurde mir verweigert, zu sagen, warum ich verhaftet wurde.

In der Schweiz habe ich auch zugunsten des Hilfskomitees für die notleidende Bevölkerung Deutschlands Konzerte gegeben, und in Deutschland wurde dieselbe Geige, mit der ich um die Sympathie für Deutschland flehte, von den Deutsch zerbrochen und ich an den Füßen geschleppt. Falls das deutsche Volk mir dafür keine Genugtuung gibt, verlasse ich Deutschland für immer."

Die Nationalstrolchisten

Den deutschen Faszisten ins Stammbuch!

Anjetreten! Held markieren!
Pazifisten attackieren!
Saal umstellen, Blut muß fließen;
janze Blase niederschießen!
Jetzt ist Dreck! Mit Jummiknüppel
Argument der zeistjen Krüppel,
hau'n sie ein uff jeden Mann,
wenn der sich nicht wehren kann.
Stillestanden! Augen rechts!
Hakenkreuz auf rotem Grunde
flattert über die Rotunde —
Hosen runter vorm Jefecht!

An der Spitze von det Janze:
Ludendorff im Heldenglanze
nimmt des Vaterlandes Retter
uff der Schmiere blutje Bretter.
Alle sind hurrabejeistert,
wenn er ihr Jehirn verkleistert;
Beifall tobt durchs volle Haus,
zieht er seine Brille raus.
Stillestanden! Hand zum Schwur!
Hakenkreuz uff rotem Felde,
Stramm bezahlt vom Steuerjelde,
Ist das Sinnbild der Kultur.

Phrasen dreschen, Umsturz brüllen,
wie die wilden Tiere tollen —
Das, nur das kann diese Horde,
stets bereit zum Meuchelmorde.
Wenn's bezahlt ist und die Pässe,
haun sie jeden vor die Fresse.
Feld her! Und die Büchse knacht. —
Nachher ham sie nischt jemacht.
Stillestanden! Denn es naht
Hakenkreuz uff roter Fahne.
Ruhmgekrönt wird der Gefreite
den ihr an der Front nie saht.

Hardy Worm in der „Welt am Montag".

die Führung in der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion erhielten, waren von dieser Erkenntnis himmelweit entfernt, und mußten sich von dem Bürgerblock erst einen Fußtritt nach dem andern holen.

Infolge dieses von Frey zugestandenen Zusammenarbeitens mit den Demokraten haben die VSPD.-Führer im Stadtparlament eine Politik getrieben, welche arbeiterfeindlich war. Diese Kongessionspolitik zeigte sich ganz besonders, als es galt, die monarchistischen Straßennamen durch republikanische zu ersetzen. Jahrelang unternahm die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion in dieser Frage nichts. Erst im vorigen Jahre, als bereits Neuwahlen in Aussicht waren, raffte sich die VSPD.-Fraktion aus wahlpolitischen Gründen zu einem Beschluß auf, indem sie den Magistrat ersuchte, mit dem Polizeipräsidenten wegen Aenderung der Straßennamen zu verhandeln. Und auch heute noch sind die Straßennamen nicht geändert.

An den Vortrag des Herrn Frey schloß sich, wie die „Volkswacht" schreibt, eine längere, durchaus sachliche Debatte, an der sich die Genossen Stadtverordneten Günther, Lehrer Kaufmann, Schramm und Lehrer Pietsch und Moche beteiligten.

Aus wohlweislichen Gründen unterschlägt die „Volkswacht" die Ausführungen der Diskussionsredner, denn von denselben gehören zwei, nämlich Schramm und Lehrer Pietsch, zur Linken. Wahrscheinlich ist den kleinbürgerlichen VSPD.-Führern von Schramm und Lehrer Pietsch manche Wahrheit gesagt worden. Jedenfalls steht es fest, daß die Versammlung in Bezug auf die Verlegung des Magdalenengymnasiums eine Resolution annahm, die sich in strikten Gegensatz zu der Haltung der SPD.-Führer im allgemeinen und der von Herrn Hugo Frey eingenommenen Stellung insbesondere befindet. Die Resolution lautet:

„Die Versammlung beauftragt die Fraktion, die Verlegung des Magdalenengymnasiums nach der Pestalozzischule durch Verweigerung der Mittel abzulehnen."

Alle Kunst des Managers war also umsonst. Die Arbeiter der sozialdemokratischen Partei stellen sich rückhaltslos auf den Standpunkt, den wir in unser Nummer 103 bezüglich des Magdalenengymnasiums eingenommen haben. Sie lassen sich nicht mehr durch Redensarten vom „Allgemeinwohl" usw. betören.

Hoffentlich ziehen die sozialdemokratischen Arbeiter, welche eingesehen haben, daß die Kleinbürger Bandmann, Frey, Landsberg, Mark usw. weder gewillt noch befähigt sind, rücksichtslos den Standpunkt des Klassenkampfes zu vertreten, auch die letzte Konsequenz und wählen bei den kommenden Stadtverordnetenwahlen im Herbst Kommunisten ins Stadtparlament.

Ein neuer Betrug an den Erwerbslosen

Der Magistrat Breslau macht bekannt:

Die Unterstützungssätze für Erwerbslose sind mit Wirkung vom 16. April ab um etwa 60 Prozent erhöht worden. Es erhalten von diesem Tage ab: Männliche Personen über 21 Jahre mit eigenem Haushalt 2400 Mk., ohne eigenem Haushalt 2100 Mk., unter 21 Jahren 1450 Mk.; weibliche Personen über 21 Jahre mit eigenem Haushalt 2100 Mk., ohne eigenem Haushalt 1750 Mk., unter 21 Jahren 1300 Mk. Die Familienzuschläge betragen: für den Ehegatten 850 Mk., für Kinder und sonstige unterstützungsberechtigte Angehörige 700 Mk.

Mit diesen vom Magistrat bekannt gegebenen neuen Unterstützungssätzen ist das Erwerbslosenelend selbstverständlich weder beseitigt noch wesentlich gemildert. Ist doch die angebliche 60prozentige Erhöhung durch die nahezu 100prozentige weitere Verschlechterung der Mark bereits überholt.

Die Unterstützung der Erwerbslosen ab 16. April gegenüber denen vom März ist gemessen am Dollarstand und Lebensmittelpreisen nicht erhöht sondern verringert worden.

Dies muß zunächst einmal festgestellt werden.

Die Anträge unserer Reichstagsfraktion gingen über die oben angeführten Sätze um über 100 Prozent hinaus, wurden aber abgelehnt.

Im übrigen ist die Angabe, daß die Unterstützungssätze für Erwerbslose um 60 Prozent erhöht worden sind, durchaus irreführend, da es sich um eine gleichmäßig 60prozentige Erhöhung aller Sätze handelt.

Die Unterstützungssätze für die Ehefrauen und Kinder sind nicht um 60 Prozent, sondern um 15 bis 20 Prozent erhöht worden. Wären sie gleichmäßig um 60 Prozent erhöht worden so müßte die Ehefrau nicht 850, sondern 1120 Mark Unterstützung erhalten.

Die Unterstützung für ein Kind müßte bei 60prozentiger Erhöhung nicht 700 Mk. sondern 960 Mk. pro Tag betragen, da vorher 600 Mk. gezahlt wurden.

Zieht man die nur unwesentlich erhöhten Sätze für Frauen und Kinder ab, so ergibt sich eine durchschnittliche Erhöhung um 35 Prozent für den verheirateten Erwerbslosen.

Es steht also fest, daß die Erwerbslosen um ihre in zahlreichen, überfüllten Versammlungen aufgestellten Forderungen betrogen worden sind.

Wir Kommunisten verlangen schon seit Jahr und Tag: Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung auf das amtlich errechnete Existenzminimum. Kurzarbeiter müssen den Differenzbetrag zwischen dem Lohn und dem Existenzminimum erhalten; weibliche und jugendliche Erwerbslose sollen die gleiche Unterstützung wie männliche erhalten. Erleichterung der Lage der Arbeitslosen durch Beschaffung von verbilligter Nahrung, Kleidung, Heizung, Beleuchtung, Einrichtung von Wärmehallen, Asylen, einwandfreien Speiseanstalten durch Staat und Kommune. Schulspeisung für Kinder der Erwerbslosen. Streichung rückständiger Gas- und Elektrizitätsrechnungen bei Arbeitslosen.

Für diese Forderungen müssen nicht nur die Erwerbslosen, sondern alle Arbeiter mobilisiert werden. Alle Arbeiter sind an der Lösung der Arbeitslosenfrage interessiert. Je größer die Zahl der Erwerbslosen ist, um so stärker ist der Lohndruck der Ausbeuter. Und eine andere Gefahr wächst heran. **Die große Zahl der völlig verelenden Erwerbslosen bilden ein Rekrutierungsfeld für die Faszisten, die bereits eine recht lebhafte Agitation unter diesen Opfern des Kapitalismus betreiben.**

Der neueste Betrug an den Erwerbslosen, der neue, große Erbitterung hervorrufen wird und muß, zeigt, den Ernst der Situation. **Es ist die höchste Zeit daß die Arbeitslosenfrage überall auf die Tagesordnung der Gewerkschaftsversammlungen gesetzt wird und von denselben nicht eher verschwindet, bis die Forderungen der Erwerbslosen erfüllt sind.**

Aus der Provinz

Waldenburg. Jugendliche Arbeiter, Arbeiterinnen, Dienstmädchen und Lehrlinge. Der Dollar steigt bereits wieder nach oben, die Preise gehen schwunghaft in die Höhe, und eure Löhne? Eure Not wird größer. Niemand hat Interesse, für bessere Lebensverhältnisse der Jungproletarier einzutreten. Die Gewerkschaften versagen meistens. Und die Regierung? Die hilft mit, die Jugendlichen zu unterdrücken, durch Arbeitszeitgesetze, die den Jugendlichen Nachtarbeit und 60-Stundenwoche vorschreiben. An politischen Jugendvereinen sollt ihr auch nicht beteiligen, das ist der Wunsch der Regierung der freiesten Republik Deutschland. In der Schule lernet Ihr Beten und Lernen, und jetzt beten und arbeiten, arbeiten, arbeiten bis zum Verrecken. Wir als Kommunistische Jugend weisen immer auf die Gefahren hin, überall treten wir für die Jungarbeiter ein, obwohl wir in der letzten Zeit durch die lokalen Verhältnisse (das Jugendheim wurde der proletarischen Jugend entzogen) schwer zu leiden hatten. Und der Magistrat der Stadt Waldenburg ist so bissbereit für die Jugend, daß er uns mitteilte, weil es in der evangelischen Schule kein Licht habe, können wir kein Klassenzimmer erhalten, obwohl es noch andere Schulen hat. Das kann uns alles nicht mehr hindern, wir kommen trotz alledem zusammen. Unsere nächste Zusammenkunft findet am Mittwoch, den 3. Mai, abends 7 Uhr im „Präsidenten" in Neu-Waldenburg, Hermannstraße, statt. Kommt zu uns und kämpft mit uns für die Befreiung der Arbeiterklasse.

Die Ortsleitung der Kommunistischen Jugend.

Gottesberg. Achtung Genossen. Wir machen die Genossen auf den letzten Versammlungsbeschluß aufmerksam. Am Donnerstag (Himmelfahrt) findet ein Aufstieg aller Genossen und Genossinnen nach dem Forst statt. Rege Beteiligung wird erwartet. Abmarsch früh pünktlich um 5 Uhr.

— Imposante Maifeier. Der 1. Mai wurde im oberen Revier durch Arbeitsruhe und einen imposanten Demonstrationszug und sportlichen Abendveranstaltungen gefeiert. Aus allen umliegenden Ortschaften trafen in Fellhammer Demonstrationszüge zusammen und bildeten zuletzt einen gewaltigen, fast Kilometerlangen Zug, welcher durch Hinter- bis nach Vorder-Fellhammer auf den Sportplatz sich bewegte und hier vor den zwei Rednertribünen aufmarschierte. Eine ganze Menge rote Fahnen, Tafeln mit Aufschriften und ein großer zusammengesetzter Sowjetstern, gaben dem Zuge ein revolutionäres Gepräge. Von der Bezirksleitung des Bergarbeiterverbandes hielten Genossen Bachmann und Genosse Müller, Ober-Hermsdorf, an die Versammelten die Ansprachen. Genosse Müller betonte in seiner Rede mit Recht, daß wir uns nicht nur mit den alten traditionellen Forderungen begnügen können, sondern auch neue Forderungen verstehen lernen müssen, in die Tat umzusetzen. Um uns aus dem Elend befreien zu können, ist es nötig, nicht nur die Kapitalisten Stinnes und Konsorten, sondern auch ihre Sachverwalter, die Cunoregierung, zum Teufel zu jagen und an deren Stelle eine Arbeiterregierung zu errichten, welche allein nur imstande sein wird, die Ruhrkrise und die damit zusammenhängende Kriegsgefahr zu lösen. Weiter führte er aus, daß, um der überhandnehmenden Faszistengefahr Herr zu werden und zur Stützung der zu errichtenden Arbeiterregierung es unbedingt notwendig ist, zum Selbstschutz zu greifen und sofort proletarische Hundertschaften zu gründen. Mit dieser kernigen, eindeutigen Rede fand er allseitige Zustimmung und lebhaften Beifall. Zum Schluß der Rede machte er die Anwesenden auf die Abend-Veranstaltungen aufmerksam und wünschte, daß auch sie einen würdigen Verlauf nehmen möchten. Jugendgenosse Lebuike sprach noch in kernigen Worten zu den Versammelten, indem er auf die von den Kapitalisten geplante Verlängerung der Arbeitszeit hinwies usw. Am Schluß wurde dann die „Internationale" noch gesungen. Hierauf formierten sich die Versammelten zum Abmarsch. Die Abendfeiern waren im Hotel „Glückauf" und im Schützenhause nur mäßig besucht, wogegen es in der „Laune" in Ober-Hermsdorf, gedrommelt voll war. Allerlei sportliche Vorführungen brachten den Besuchern vollste Befriedigung.

Ober-Hermsdorf. Die Maifeier. Auch hier marschierten die Arbeiter am 1. Mai in Massen auf. Früh ½8 Uhr ging es von der „Laune" ab nach Gottesberg, und schlossen sich hier den Gottesberger Genossen an; dann ging es nach Fellhammer auf den Spielplatz. Dort angekommen, wurde der Kampftag mit einem Freiheitsliede eröffnet. Hierauf erfolgten Ansprachen. Vom Gewerkschafts-Kartell sprach Kollege Bitzmann und Genosse Müller. Sie wiesen auf die Bedeutung des 1. Mai hin. Genosse Müller ging besonders ein auf die gegenwärtige Situation und wies auf das Ruhrgebiet hin. Diese Wendung müssen wir besonders im Auge halten. Mit größter Aufmerksamkeit wurde den Ansprachen gelauscht. Auch sprachen dann je ein Vertreter der Jugendgenossen. Jugendgenosse Lebuike rief besonders den Jugendgenossen zu, daß gerade die Jugend in höchster Aktivität sein muß. Gegen jede Verlängerung der Arbeitszeit, Unterdrückung und gegen das Arbeitszeitgesetz müssen wir den Kampf aufnehmen.

Notgedrungen marsch und der Gesang der Internationale bildeten den Schluß, dann formierten sich die Massen nach ihrem Ort.

Auch die Abendveranstaltung hatte einen guten Erfolg in Ober-Hermsdorf. Das Programm wurde eröffnet mit dem Freiheitsliede „Dem Lenz entgegen" (aufgeführt vom Arbeiter-Gesangverein „Freies Lied"). Dann folgte ein Frauenchor sowie ein Gemischter Chor, ferner folgte eine Rezitation „Die Hundertjährigen" vom Genossen Müller, auch wurde ein Prolog Max Hertz von einer Genossin gesprochen. Dann folgte die Ansprache des Genossen Müller, der im Namen des Waldenburger Gewerkschaftskartells sprach. Der dichtbesetzte Saal lauschte dieser Ansprache. Ferner wurden revolutionäre Theaterstücke aufgeführt von der AJ und von VPT.-Genossen. Von unseren Genossen wurde das Stück aufgeführt: „Die Quartierburschen", ein Vorspiel aus dem Leben der Waldenburger Quartierburschen. Als zweites wurde „Die Gutsherrstochter" aufgeführt. Beide Aufführungen gelangen gut. Auch hatten die Arbeiter-Radfahrer ihr Bestes geboten im Kunstfahren sowie im Schülerreigen und der Arbeiter-Turnverein mit seinen Stützhandübungen. Neun lebende Bilder in Marmorgruppen waren den Sportvereinen besonders gut gelungen und fanden allgemeine Beachtung. Zum Schluß sprach Genosse Kluge allen Mitwirkenden den besten Dank aus und forderte die Anwesenden auf, die Internationale zu singen.

Freiburg. Die Früchte sozialdemokratischer Kommunalpolitik. Haben wir erst die Mehrheit, so hat die Arbeiterschaft ihr Heil erreicht, so echot es in den Kreisen der VSPD. Es mag manch kleiner Vorteil herausspringen, aber nur wenn Arbeiterpolitik getrieben wird, meistens ist es aber schon soweit, daß man vor lauter Burgfrieden nicht mehr unterscheiden kann, was zum Wohle der Arbeiter ist. Die Gemeindevertretung in Polsnitz bei Freiburg bestätigt die in vorigem Satze aufgestellte Behauptung. Die Schädlichkeit und vor allem die Verkehrtheit ihrer Kommunalpolitik zeigt sich jetzt besonders in ihrer Auswirkung an der Frage der weltlichen Schule.

In die Schulkommission wählte man trotz der Mehrheit im Gemeindeparlament Bürgerliche, kein Wunder, daß diese nun im Verein mit Herrn Amtsvorsteher das Zustandekommen einer solchen nach besten Kräften verhindern. Die Arbeit verschiedener Gemeindevertreter ist geradezu hahnebüchen. Sie ist so far, daß sogar der Vorsitzende des Freiburger Wahlvereins in öffentlicher Sitzung feststellte, daß es nicht mehr so weitergehen könne.

Wir möchten hierzu feststellen, daß, wenn die sozialdemokratische Gemeindevertretung in der Frage der Eingemeindung anders gearbeitet hätte, die Frage der weltlichen Schule längst geklärt wäre. Dieselbe „weise Politik" hat man auch in der Frage des Wohnungsbaues getrieben. Nachdem man idyllisch gelegenes Land eingetauscht hatte gegen an staubiger Chaussee gelegenes, zum Bau sehr ungeeignetes Land und 200000 Mark, dachte man den Stein der Weisen gefunden zu haben. Bald zeigte es sich aber, daß es ganz ordinäre Schlacke war. Die Häuser stehen heute halbfertig da, können von niemanden weiter gebaut werden, selbst wenn er sie geschenkt bekäme, da das Dielen heute allein mehr kostet, als der Rohbau.

Anstatt die steuerkräftigen Bürger heranzuziehen, hat man auf Besserung der Valuta gehofft. Daß diese Politik bei den Arbeitern große Unzufriedenheit hervorgerufen, ist selbstverständlich. Die Quittung wird nicht ausbleiben. Wir aber sagen den Arbeitern, nicht Burgfriedenspolitik ist es, die Euch aus dem Elend führt, sondern rücksichtsloser Klassenkampf auch in Fragen der Kommunalpolitik.

— Ein Kinderausbeuter. Ein Ausbeuter allerschlimmster Sorte ist der Baumschulenbesitzer Berndt in Zirlau bei Freiburg. Derselbe, welcher als Schöffe in Schweidnitz fungierte, als das Klassenurteil über unsere Genossen verhängt wurde. Er beschäftigt in seinem Betriebe überwiegend Schulkinder, die Stunde für 100 Mk., läßt dieselben 9 Stunden arbeiten, 4½ Stunden ohne Pause. Die Behandlung ist schikanös. Wir fordern von dieser Stelle die Gewerbeinspektion auf, hier sofort einzugreifen.

Seitendorf. Maifeier. Die diesjährige Maifeier, welche die Arbeiterschaft von Lichtenau und Seitendorf gemeinsam veranstaltete, war ein Zeichen dafür, daß die Arbeiterschaft den Ernst der Zeit erkannt hat. Trotz der Kurzarbeit, welche hier verbunden ist, trotz der zahlreichen Entlassungen, die hier vorgenommen wurden, marschierten ungefähr 1500 Männer, Frauen und Kinder mit zahlreichen Fahnen und Schildern durch die Ortschaften. Mit Stamen begrüßten die hiesigen Unternehmer und Bauern den langen Zug, der Zeugnis ablegte, daß die hiesige Arbeiterschaft noch Herr der Lage ist. Kaum setzte sich der Zug in Bewegung, als bekannt wurde, daß die Firma Masson, Textilfabrik in Ober-Seitendorf, ihren Betrieb, welcher 12 Wochen geschlossen war, ausgerechnet am 1. Mai, gegen Mittag wieder eröffnet hat. Kurz entschlossen marschierten die Demonstranten vor die Fabrik und 2 Genossen hielten kurze Ansprachen, in welchen sie das Verhalten der Arbeiter brandmarkten, die sich dazu verleiten ließen, am 1. Mai zu arbeiten, und warnten vor unbesonnenem Handeln. Darauf wurde ein Hoch auf das Internationale Proletariat ausgebracht, worauf sich der Zug wieder in Bewegung setzte. Der weite Weg von Lichtenau durch Seitendorf über Löbensluft, Schreiberbach und zurück nach Lichtenau wurde in guter Kampfesstimmung zurückgelegt. Nach der Demonstration hielt Genosse Mai eine kurze kernige Ansprache, in welcher er auf die Bedeutung des Tages hinwies und die Arbeiterschaft aufforderte, zu jeder Zeit, so wie heute aufzumarschieren, wenn es gilt, Arbeiterrechte zu verteidigen. Darauf teilte sich der Zug in zwei Lokale, in welchen Theateraufführung, turnerische Vorführungen, Gesänge und vom Arbeiter-Radfahrverein Pyramiden vorgeführt wurden. Nach der Feier ereignete sich ein unliebsamer Zwischenfall, der aber an der Bedeutung der diesjährigen Maidemonstration nichts ändern wird.

Markliſſa. Von der Maifeier. Auf Veranlassung der kommunistischen Genossen im Gewerkschaftskartell hielt Genosse Ehrlich aus Breslau eine Rede, in der er auf die Bedeutung des 1. Mai hinwies. Mit klaren, deutlichen Worten zeigte er die Folge des kapitalistischen Niederganges. Weiter wies er auf die täglich überhandnehmende Frechheit der Bourgeoisie hin, die sich in der Mordgier der Faszisten zeigt. Am Schluß forderte er die Arbeiter auf, eine Einheitsfront von unten zu schaffen. Das schlesische Proletariat hat die ernste Pflicht, den sächsischen und bayrischen Arbeitern zu Hilfe zu kommen. Der Redner erntete für seine sachlichen Ausführungen starken Beifall. Während des Referats ereignete sich ein unliebsamer Vorfall. Einigen hiesigen SPD.-Größen paßten die sachlichen Ausführungen unseres Redners nicht. Sie verlangten Schluß, damit ihnen die Musik, „Der Mai ist gekommen", „Einst spielt ich mit Zepter und Krone", vorspielen könne und verlangten Abstimmung. Die Versammlung beschloß gegen 4—5 Mitgliedern des Ortsausschusses, daß der Redner weiter sprechen soll. Das Fähnlein der Aufrechten, die aus der Maifeier ein Pfingstschießen machen wollten, mußten wie die betrübten Lohgerber abziehen.

Kieban. Wuchtige Maifeier. Die proletarische Jugend voran. Um 9 Uhr wurde durch die Stadt und Dorf Dittersbach demonstriert. Es war das erste mal das die politischen Parteien und Jugendlichen hinter ihren roten Fahnen marschierten. Die KJ. war bedeutend stärker vertreten wie die VSPD. Froh und kampfesmutig schallte der Gesang der beiden Jugendorganisationen. Vor der KJ. marschierte die kommunistische Kindergruppe mit ihrem Wimpel. Am Marktplatz hielt der Vorsitzende des Ortsausschusses, unser Genosse Kirch, eine kernige Rede, welche die Arbeiter zu erneutem unermüdlichem Kampfe für den Sozialismus aufforderte. Er schloß mit einem Hoch auf die deutsche kämpfende Arbeiterschaft und das Internationale Proletariat, in welches allseitig eingestimmt wurde. Die kommunistische Jugend vertrieb rege unsere Zeitungen und Broschüren und verteilte Flugblätter. Möge die Einheitsfront auch bei weiteren Demonstrationen und Kampftagen sich bewähren und vertieft werden. An uns Kommunisten soll es nicht liegen.

Aus Gewerkschaften und Betrieben

An alle Bauarbeiter!

Kollegen! Seit fünf Wochen stehen die Chemnitzer Bauarbeiter im Kampf gegen die Maßnahmen der Baukapitalisten, gegen den Lohnabbau, gegen die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen.

Durch Eingreifen der sächsischen Regierung ist das Verlangen der Unternehmer nach Schutz durch die Reichswehr vorläufig abgewehrt worden.

An die Gemeindeparlamente der einzelnen Ortschaften des Industriebezirks sind Anträge der ausgesperrten Bauarbeiter gerichtet, in denen verlangt wird, daß die Kommunen sofort Notstandsarbeiten und besonders den Bau von Wohnungen in Angriff nehmen, damit den Unternehmern endlich einmal klar wird, daß ihre Zeit vorbei ist, wenn Arbeiterorganisationen und Arbeiterregierungen Hand in Hand arbeiten.

Jetzt verlangen die Unternehmer, daß das Reichsarbeitsministerium einen Schiedsspruch fällen soll. Die Reichsregierung besteht aus Vertrauensmännern des Kapitals. Der Schiedsspruch, den das Reichsarbeitsministerium fällen darf, wird nur im Sinne ihrer Auftraggeber, der Kapitalisten, sein.

Kollegen! Die Chemnitzer Bauarbeiter sind sich dieser Tatsache bewußt. Sie wissen auch, daß die Baukapitalisten sofort zum Angriff gegen die gesamte Bauarbeiterschaft übergehen, wenn die revolutionäre Vorhut der Deutschen Bauarbeiterschaft niedergerungen ist. Deshalb haben die Chemnitzer Bauarbeiter am 27. April in einer öffentlichen Versammlung, an der Kollegen aller Richtungen teilgenommen haben, beschlossen, den Kampf so wie bisher weiterzuführen, bis zum Siege. Zum Trotz aller Kapitalisten und Arbeitsgemeinschaftler.

Bauarbeiter Deutschlands! Ihr müßt verhindern, daß die Chemnitzer Bauarbeiter durch den Hunger besiegt werden. Setzt die Sammelaktionen fort. Gesammelte Gelder sind per Zahlkarte einzusenden an folgende Adresse: Verband der ausgeschlossenen Bauarbeiter Deutschlands, Chemnitz, Postscheckamt Leipzig, Kontonummer 24 749.

Der Kampf in Chemnitz ist Euer Kampf!

Kollegen! Übt Solidarität! Trotz Hetze und Verleumdung des Verbandsvorstandes!

Es lebe der Klassenkampf!

Verband der ausgeschlossenen Bauarbeiter Deutschlands, Bezirksverein Chemnitz, Hainstr. 2.
J. A.: Hans Richter.

Reichsfraktion
der oppositionellen Bauarbeiter Deutschlands
J. A.: Bachmann.

Die außenpolitische Bilanz des 12. Parteitages der KP. Rußlands

Von Nichtdiplomat (Moskau)

Die ganze Auslandspresse ist wieder voller Gerüchte über eine Aenderung in den Beziehungen der Ententemächte zu Sowjetrußland. Die Quellen dieser Gerüchte sind einerseits Warschau, andererseits London.

Die Herren polnischen Gutsbesitzer und die Herren Kapitalisten brauchen einen Kriegslärm, um den Kuhhandel, der hinter den Kulissen des Sejms zwischen den Parteien der Gutsbesitzer der Kapitalisten und der Großbauern auf dem Rücken der armen Bauernschaft vor sich geht. Sie brauchen auch eine „äußere Gefahr", worauf sie sich bei der militärischen Spielerei, die die polnische Regierung jetzt auf Befehl Frankreichs beginnt, berufen können. Sie bereiten sich für den Fall vor, wenn der französische Imperialismus von ihnen einen Angriff gegen Deutschland fordert, was nach Meinung der polnischen militärischen Kreise auch zu Komplikationen an der Ostgrenze führen könne.

Zu diesem Zweck schleppen die Gutsbesitzer durch alle Straßen Polens die Leiche des Prälaten Budkiewicz — in der Meinung, daß die Pfaffenkutte die volkstümlichste Fahne unter der Bauernschaft sei. Sie bringen aus Warschau die blödesten Gerüchte über Sowjetrußland in Umlauf. Es genügt, wenn wir erwähnen, daß aus Warschau im Laufe eines Tages über die Lage in Rußland der ausländischen Presse folgendes telegraphiert wurde: In Rußland gingen große Verschwörungen vor sich. Fast der ganze Kriegsstab der Republik sei verhaftet worden; Trotzki läge im Sterben; Tschitscherin ebenfalls; im Kreml ginge ein Kampf zwischen den verschiedenen Fraktionen der Kommunisten vor sich.

All dies ist natürlich ein Unsinn, dem keine einzige ausländische Regierung Glauben schenkt, da es ja in Moskau mehr als 10 ausländische Missionen gibt, die ihre Regierungen über die Dummheit aller dieser Erfindungen aufklären. Aber dieses ganzen Unsinnes bedarf die englische Regierung. Ihrem Prestige wurde durch den mißlungenen Einmischungsversuch in den Prozeß Zeplaks und Genossen ein gewaltiger Abbruch getan, der noch durch die Schärfe der ablehnenden Antwort der Sowjetregierung vergrößert wurde. Die Regierung Bonar Laws, die durch ihre Außenpolitik — vom alten liberalen Führer Asquith, die Politik der „freundlichen Impotenz" genannt — in den breitesten Kreisen der englischen Gesellschaft eine große Unzufriedenheit hervorrief, versucht, mittels ihrer Drohungen, mittels der Verbreitung all dieser blödsinnigen Gerüchte einen Druck auf die Sowjetregierung auszuüben. Die Sowjetregierung ist nicht daran Schuld, daß die englische Regierung, die irische Revolutionäre — entgegen den englischen Gesetzen — der Rache ihrer politischen Feinde in Irland ausliefert, soviel Tugend aufbringt, daß sie speziell gegenüber den Anstiftern des Bürgerkrieges in Rußland ihre Humanität bezeugt. Die scharfe Antwort der Sowjetregierung war eine herausgeforderte Antwort. Kein einziges Land würde einem anderen Lande erlauben, sich in Angelegenheiten, die durch ein Gericht des Landes auf Grund seiner Gesetze entschieden wurden, einzumischen. Aber indem die Sowjetregierung der englischen Regierung eine ihrer Würde entsprechende Antwort gab, wollte sie keinen Streit anfangen, sie suchte nicht die Verschärfung ihrer Beziehungen zu England. Was aber die Drohungen betrifft, so ist darauf die beste Antwort der 12. Parteitag der KPR. mit seinen Beschlüssen zur Außenpolitik.

Der belgische Kardinal Mercier schrieb unlängst einen Artikel, in dem nichts mehr und nichts weniger steht, als eine Aufforderung an alle „zivilisierten" Länder zur Organisierung eines Kreuzzuges gegen Sowjetrußland. Der Kardinal Mercier ist ein sehr geehrter Greis, aber offensichtlich hat er die letzten Jahre verschlafen. Diese Kreuzzüge im Namen des Christentums, der Zivilisation, der Befreiung der Frauen von der Nationalisierung, im Namen der Ausfuhr der Archangelskischen Holzes, Kubanischen Brotes und Bakuer Naphthas, sind bereits hinter uns. Sie nahmen ein sehr klägliches Ende für die Herren Kreuzzügler. Und wenn der Kardinal Mercier mit einem einem neuen Kreuzzuge droht, so kostet es uns nur ein Gelächter. Das bedeutet nicht, als ob wir uns gegen solche Kreuzzüge ein für allemal gesichert fühlten. Rußland ist ein Leckerbissen. Und wenn es den Herren internationalen Kapitalisten gelänge, ihre Wunden zu heilen, eine einheitliche kapitalistische Front zu schaffen, so würden sie es aller Wahrscheinlichkeit nach mit einem neuen Kreuzzuge versuchen. Aber während der kommenden nächsten Jahre kann die kapitalistische Welt nicht an Kreuzzüge gegen Sowjetrußland denken. Sie muß sich sehr freuen, wenn es ihr gelingen wird, sich vor den Gefahren eines neuen Weltkrieges zwischen den kapitalistischen Räubern zu retten. Es ist auch möglich, daß die Entente ihre Vasallen gegen uns schicken wird. Aber das wird in erster Linie für sie selbst tödlich ausfallen; unvorbereitet werden sie uns nicht finden.

Der 12. Parteitag der Kommunistischen Partei verhielt sich zum ganzen Kriegsgeschrei der Londoner Börse und der polnischen Pfaffen so ruhig, daß er es nicht einmal einer Antwort würdig hielt. Er erinnerte, im Gegenteil, die kapitalistischen Mächte daran, welche Fragen heute wirklich auf der Tagesordnung stehen. Das sind die Fragen bezüglich der Grundlage, auf der ein Abkommen zwischen Sowjetrußland und den kapitalistischen Mächten möglich ist, bezüglich des modus vivendi zwischen der ersten proletarischen Macht und der sich noch unter dem Joch des Kapitals befindenden Welt.

Auf dem Parteitag kamen die Meinungsverschiedenheiten, die in dieser Frage in einigen Kreisen der Sowjetrepublik herrschten, mit voller Klarheit zum Ausdruck. Die Partei ist so stark, die Republik ist so stark, daß sie sich den Luxus erlauben konnten, die Fragen der außenpolitischen Taktik vor der ganzen Welt offen durchzudiskutieren, — Fragen, die in „demokratischen" kapitalistischen Ländern hinter den Kulissen der Regierungscliquen erledigt werden.

Vor anderthalbtausend Zuhörern, in Anwesenheit der Vertreter der Parteipresse des ganzen Landes, hielt der Volkskommissar für Außenhandel, Genosse Krassin, seine Rede, in der er darlegte, daß die Interessen des raschen Wiederaufbaues unserer Industrie bedeutende Zugeständnisse an die ausländischen Mächte fordern. Es versteht sich von selbst, daß Genosse Krassin, als er von diesen notwendigen Zugeständnissen sprach, zugleich auch mit Entschiedenheit betonte, daß diese Zugeständnisse nicht so weit gehen können, daß das Land sich in eine Kolonie verwandele, oder daß dadurch die Souveränität der Sowjetregierung in irgendeiner Weise beeinträchtigt werde. Aber das Wesen des Standpunktes des Genossen Krassin bestand in der Betonung der Notwendigkeit eines dringenden Abkommens.

Dem Genossen Krassin haben mehrere Redner genau und klar geantwortet: Ja, Sowjetrußland bedarf ausländischer Kredite. Ohne ausländische Kredite muß es sich mit einem langsamen Wiederaufbau begnügen, auf Grund der eigenen Mittel des Landes, die sich nur langsam entwickeln können. Die Sowjetregierung muß zu Zugeständnissen bereit sein. Daß sie zu Zugeständnissen bereit ist, hat sie auch in Genua und im Haag erklärt. Aber was die Sowjetregierung in Genua und im Haag erklärte, war nicht nur, daß sie zu Zugeständnissen bereit ist, sondern es war auch die Festsetzung der Bedingungen, unter denen sie diese Zugeständnisse zu machen geneigt ist. Das Wesen dieser Bedingungen bestand darin, daß die Kapitalisten uns durch ihre Mittel zu einem beschleunigten Wiederaufbau unseres Landes verhelfen. Für die Anerkennung de jure und ähnliche formelle Zugeständnisse wollen wir unseren Lande nicht die geringsten Lasten aufbürden. Für unsere Zugeständnisse fordern wir Kredite, die uns wirklich ermöglichen, unsere Wirtschaft in einer kürzeren Frist wieder aufzubauen, wie es aus unseren eigenen Mitteln möglich ist. Wenn die verbündeten Regierungen darauf antworten: „Wir können in dieser Beziehung nichts tun, da die Regierungen nicht über Kredite verfügen", so muß die Antwort der Sowjetregierung darauf sein: „Wenn Ihr nichts gebt, so geben auch wir nichts."

Der Parteitag hat die Lage nicht schönen ausgemalt, wie sie in Wirklichkeit ist. Die Tausende von Kommunisten, die sich aus allen Ecken des Landes versammelten, kennen ganz gut die schwierige Lage, in der sich Rußland noch befindet. Aber sie wissen auch noch zwei Dinge: sie wissen, daß sich die Lage des Landes nicht bessern wird, wenn man dem Sowjet-Schafpelz noch die Medaille einer westeuropäischen Anerkennung de jure anhängt, und wenn wir dafür zahlen müßten. Sie wissen aber zugleich auch, daß sich unsere schwere Lage zu bessern beginnt, und daß Sowjetrußland, wenn es auch nur mit Mühe seine Wirtschaft wieder aufzubauen beginnt, mit der Verständigung solange warten kann, bis auch seine Gegner zu Zugeständnissen bereit sein werden. Der Parteitag hat diese Stellungnahme des Zentralkomitees einmütig gebilligt. Der Parteitag hieß die Erklärung des Genossen Sinowjew gut: „Je weiter die kapitalistischen Mächte den Zeitpunkt des Abkommens hinausschieben werden, um so weniger Zugeständnisse werden wir machen." Dieser Beschluß des Parteitages hat eine erstklassige internationale Bedeutung. Er ist der Ausdruck der festen Ueberzeugung der Kommunistenpartei, der Führerin Sowjetrußlands, daß die schwerste Zeit vorüber ist, daß Sowjetrußland dem Laufe der historischen Ereignisse mit Zuversicht entgegengeht, daß es keinen Grund gibt, um dessen willen es vor den Drohungen der kapitalistischen Herren Europas fürchten müßte.

Dieser einmütige und ruhige Beschluß des Parteitages im Augenblick der größten Hetze gegen Sowjetrußland muß den Regierungen Westeuropas als Lehre dienen. Wenn sie den [illegible] erkennen wollen, um so schlimmer für sie.

Genosse Höllein an den Pariser Untersuchungsrichter Joussselin

Paris, Santé-Gefängnis, 24. 4. 1923.

Herr Untersuchungsrichter!

Jetzt bin ich bereits 38 Tage in der Bastille eingekerkert und seit meiner Vernehmung durch Sie ist ein Monat verstrichen. Nunmehr habe ich aber die willkürliche Behandlung, die man mir angedeihen läßt, satt.

Was die französische Regierung als mein „Verbrechen" zu bezeichnen beliebt, stellt eine solch klare und unkomplizierte Handlung dar, daß sie unter keinen Umständen eine so lange Untersuchungsdauer wie die, die Sie mir absichtlich auferlegen, erfolgen kann. Und die Tatsache selbst, daß Sie es seit dem 24. März, dem Tage meiner bisher einzigen Vernehmung, weder für angebracht noch für notwendig erachtet haben, mich erneut zu vernehmen, bestätigt in der schlagendsten Weise meine Behauptung.

In meinen Augen wie in den Augen jedes Menschen, der noch nicht den elementarsten Sinn für Recht und Gerechtigkeit verloren hat, liegt mithin keinerlei stichhaltiger juristischer noch prozessualer Grund vor, um den politischen Prozeß, den Sie auf Befehl der Regierung Poincare gegen mich zu betreiben haben, nicht auf die eine oder andere Weise zum Abschluß zu bringen.

Ich stelle demgemäß fest, daß man im gegenwärtigen Frankreich der Wahrung der persönlichen Freiheit nur sehr wenig Wert beimißt.

Von zwei Dingen kann es nur eines geben:

Entweder bin ich der Delikte schuldig, deretwegen mich der Staatsanwalt der Republik anklagt, und in diesem Falle fordere ich, da ich etwa gelernt bin, daß man mich entsprechend den Regeln einer gesunden und menschlichen Rechts-Pflege unverzüglich vor dem zuständigen Gericht zur Aburteilung bringt. Ich persönlich habe nicht den geringsten Grund, dem Strafprozeß, den Sie etwa gegen mich eröffnen könnten, nicht mit der allergrößten Seelenruhe entgegenzusehen. Denn ich bin der festen Ueberzeugung, daß ein solcher Prozeß in Frankreich nur dazu führen könnte, sehr vielen Leuten über die wirklichen Ursachen und Untergründe einer Politik, die zur völligen Desorganisation der Weltwirtschaft und zu neuen furchtbaren Kriegsgefahren führen muß, die Augen zu öffnen.

Oder aber die Handlungen, wegen derer der Staatsanwalt der Republik meine Strafverfolgung angeordnet hat, fallen nicht unter die Bestimmungen des französischen Strafgesetzbuches, und in diesem Falle fordere ich meine sofortige Haftentlassung.

Denn mir liegt daran, Ihnen ganz offen zu sagen, daß ich unter keinen Umständen gewillt bin, das Prestigebedürfnis einer fremden despotischen Regierung für die Fortführung einer verhängnisvollen imperialistischen Politik, die nicht nur die Lebensinteressen der deutschen Arbeiterklasse aufs schwerste schädigt, sondern auch das französische Proletariat unmittelbar in seiner Existenz bedroht, mit dem Preis meiner persönlichen Freiheit zu bezahlen.

So, wie die Dinge mir im Augenblick erscheinen, halten Sie, Herr Untersuchungsrichter, mich als französischen Staatsgefangenen in der Santé-Bastille fest, ohne daß dafür der geringste rechtliche noch prozessuale Grund gegeben ist, und zwar einfach nur deshalb, weil dies der französischen Regierung so gefällt und ohne jede Rücksicht darauf, daß dies einen flagranten Verstoß gegen den Geist und den Buchstaben der französischen Staatsverfassung darstellt, die die absolute Unabhängigkeit des Richterpersonals ausdrücklich garantiert.

Sie werden es daher durchaus begreiflich finden, daß ich mich ganz kategorisch weigere, noch länger widerstandslos die erbärmliche Rolle einer Geisel der Regierung Poincare zu spielen. Die kommunistischen Parteien Frankreichs und Deutschlands werden schon Mittel und Wege zu finden wissen, damit die zivilisierte Welt den Skandal der grundlosen und widerrechtlichen Gefangenhaltung eines deutschen Reichstagsabgeordneten und zugleich auch das Niveau erfahre, auf das die Justiz der französischen Republik herabgesunken ist, deren unbedingte Anhängigkeit an die Grundsätze der Rechte des Menschen und des Staatsbürgers Herr Poincare noch unlängst in Dünkirchen zu proklamieren wagte.

Die eiserne Ernte.

Ein sozialer Roman von Jac London.

88]

„Verzeihen Sie," sagte er einfach. „Meine Nerven sind so herunter. Aber wenn des Herrn Werk dorthin führt, so mag es sein. Wer bin ich, daß ich klagen darf?"

Im Verlauf des Abends erfuhren wir noch mehr von seinem Tun.

„Ich verkaufte mein Haus — besser, meine Häuser," sagte er, „und all meinen Besitz. Ich wußte, da sich es heimlich tun mußte, weil man mir sonst alles weggenommen hätte. Das wäre schrecklich gewesen. Ich denke in diesen Tagen oft darüber nach, welche ungeheure Menge von Kartoffeln man für zwei- oder dreihunderttausend Dollars kaufen könnte, oder Brot und Fleisch oder Kohlen und Holz." Er wandte sich an Ernst. „Sie haben recht, junger Herr, die Arbeit wird schrecklich unterbezahlt. Ich habe nie in meinem Leben gearbeitet, außer daß ich mich ästhetisch an Pharisäer wandte — ich dachte, ich hätte die göttliche Mission gepredigt — und doch besaß ich eine halbe Million Dollars. Ich habe nie gewußt, was eine halbe Million bedeutete, bis ich ausrechnete, wie viel Kartoffeln und Brot und Butter und Fleisch man dafür kaufen könnte. Und dann vergegenwärtigte ich mir noch mehr. Ich dachte darüber nach, daß all diese Kartoffeln und Brot und Butter und Fleisch mir gehörten, und daß ich nicht daran gearbeitet hatte, es herzustellen. Es wurde mir klar, daß das andere getan hatten, und daß es ihnen geraubt worden war. Und als ich hinunter stieg zu den Armen, fand ich die, die beraubt worden und die hungrig und elend waren deshalb, weil man sie ausgeraubt hatte."

Wir brachten ihn zu seiner Erzählung zurück.

„Das Geld? Ich habe es in vielen verschiedenen Banken unter verschiedenen Namen deponiert. Es kann mir niemals genommen werden, denn es kann nicht aufgefunden werden. Und es ist etwas so gutes, das Geld. Man kauft so viel Nahrung dafür. Ich habe vorher nie gewußt, wozu das Geld gut sei."

„Ich wünschte, wir hätten einiges davon für die Propaganda," sagte Ernst nachdenklich.

„Meinen Sie?" sagte der Bischof. „Ich habe nicht viel Vertrauen zur Politik. In der Tat, ich glaube, daß ich nichts von Politik verstehe."

Ernst war sehr zartfühlend in solchen Dingen. Er wiederholte seine Andeutungen nicht, obgleich er nur zu gut die schlimme Verlegenheit kannte, in der die sozialistische Partei durch den Mangel an Geld war.

„Ich schlafe in billigen Logierhäusern," fuhr der Bischof fort. „Aber ich fürchte mich, und ich bleibe nie lange auf einem Platz. Auch habe ich zwei Zimmer in Arbeiterhäusern in verschiedenen Vierteln der Stadt gemietet. Es ist eine große Extravaganz, das weiß ich, aber es ist notwendig. Ich mache es dadurch gut, daß ich selbst koche; manchmal jedoch esse ich in billigen Kaffeehäusern. Und ich habe eine Entdeckung gemacht. Dannlez sind sehr gut, wenn die Luft spät abends kühl wird. Nur sind sie so teuer. Aber ich habe einen Platz ausfindig gemacht, wo ich drei für zehn Cents bekomme. Sie sind nicht so gut wie die anderen, aber sie sind sehr wärmend.

Und so habe ich endlich, dank Ihnen, junger Herr, meine Arbeit in der Welt gefunden. Es ist das Werk des Herrn." Er sah mich an und zwinkerte mit den Augen. „Sie ertappten mich dabei, wie ich seine Lämmer weidete. Sie wissen es. Und sicher werden Sie mein Geheimnis für sich behalten."

Er sprach sorglos genug, aber hinter seinen Worten lag wirkliche Angst. Er versprach, uns wieder zu besuchen. Aber nach einer Woche lasen wir in der Zeitung von dem traurigen Fall des Bischof Morehouse, der ins Napa-Asyl eingeliefert worden war, und dem noch letzte Versprechungen gemacht wurden. Vergeblich versuchten wir ihn zu besuchen und zu veranlassen, daß seine Sache noch einmal in Erwägung gezogen oder untersucht würde. Wir konnten auch nichts über ihn erfahren, außer der wiederholten Versicherung, daß noch immer schwache Hoffnung für seine Wiedergenesung vorhanden sei.

„Christus sagte zu dem reichen Jüngling, er solle alles verkaufen, was er besitze," sagte Ernst bitter. „Der Bischof gehorchte seiner Aufforderung und wurde in ein Irrenhaus gesperrt. Die Zeiten haben sich seit Christus Tagen geändert. Ein reicher Mann, der heute alles, was er hat, den Armen gibt, ist verrückt. Darüber gibt es keine Diskussion. Die Gesellschaft hat gesprochen."

13. Kapitel.

Der Generalstreik.

Natürlich wurde Ernst bei dem großen sozialistischen Rutsch im Herbst 1912 in den Kongreß gewählt. Ein großer Umstand, der die sozialistische Flut anschwellen ließ, war die Vernichtung Hearsts. Das schien der Plutokratie eine leichte Arbeit. Die Herausgabe seiner verschiedenen Zeitungen kostete Hearst jährlich achtzehn Millionen Dollars, und diese Summe und noch mehr zahlte ihm der Mittelstand für Annoncen zurück. Die Quelle seiner finanziellen Kraft kam ausschließlich aus dem Mittelstand. Die Trusts inserierten nicht. Um also Hearst zu vernichten, war es nur notwendig, ihm die Anzeigen zu entziehen.

Der ganze Mittelstand war noch nicht ausgerottet worden. Das feste Skelett desselben blieb noch; aber es hatte keine Kraft. Die kleinen Fabrikanten und Geschäftsleute, die übrig blieben, waren ganz auf die Gnade der Plutokratie angewiesen. Sie hatten keinen eigenen politischen und wirtschaftlichen Halt mehr. Als von der Plutokratie der Befehl dazu kam, entzogen sie den Hearst-Zeitungen ihre Anzeigen.

Hearst führte einen großmütigen Kampf. Er gab seine Zeitungen mit einem monatlichen Verlust von anderthalb Millionen Dollars heraus. Er veröffentlichte kostenlos die Anzeigen weiter. Die Plutokratie gab wieder ihren Befehl aus, und die kleinen Fabrikanten und Geschäftsleute überschwemmten ihn mit einer Flut von Mitteilungen, er solle die Veröffentlichung ihrer früheren Anzeigen unterlassen. Hearst verharrte auf seinem Standpunkt. Es ergingen gerichtliche Aufforderungen an ihn. Er verharrte weiter. Darauf erhielt er sechs Monate Gefängnis wegen Mißachtung des Gerichtes, weil er den an ihn ergangenen Aufforderungen nicht nachgekommen war. Und schließlich ging er infolge endloser Klagen auf Schadenersatz bankrott. Er hatte keinerlei Aussicht. Die Plutokratie hatte das Urteil über ihn gesprochen. Die Gerichte waren in den Händen der Plutokratie und mußten das Urteil vollstrecken. Und mit Hearst ging auch die demokratische Partei unter, die er mit neuem Leben erfüllt gehabt hatte.

Nach der Unterdrückung Hearsts und der demokratischen Partei gab es für deren Gefolge nur zwei Wege; der eine führte zur sozialistischen, der andere zur republikanischen Partei. So kam es, daß wir Sozialisten die Früchte von Hearsts pseudosozialistischen Lehren ernteten, denn der größte Teil seiner Anhänger ging zu uns über.

Die Enteignung der Bauern, die in jener Zeit stattgefunden hat, würde ebenfalls unsere Stimmenzahl vergrößert haben, wenn nicht die kurzsichtige und unfruchtbare Bauernpartei gegründet worden wäre. Ernst und die sozialistischen Führer machten ungeheure Anstrengungen, um die Bauern zu bekommen; aber die Vernichtung der sozialistischen Presse und Verlagsanstalten bildete ein zu großes Hemmnis, und die mündliche Propaganda war noch nicht ausgebildet. Daher kam es, daß Politiker vom Schlage des Herrn Calvin, die selbst längst enteignete Gutsbesitzer waren, die Bauern für sich bekamen und ihre politische Kraft in einem vergeblichen Wahlfeldzug vergeudeten.

„Die armen Bauern," lachte Ernst wütend, „die Trusts haben sie von Anfang bis zu Ende."

Und das war die wirkliche Lage. Die sieben großen Trusts, die gemeinsam arbeiteten, hatten ihre enormen Ueberschüsse zusammengelegt und den Landtrust gebildet. Die Eisenbahnen, die die Frachtsätze, und die Bankiers und Wechselgeber, die die Preise in der Gewalt hatten, hatten die Bauern schon längst zu ihren Schuldnern gemacht. Die Banken und sämtliche Trusts hatten den Bauern längst riesige Summen Geld geliehen. Die Bauern waren im Netz gefangen, und es erübrigte sich nur noch, das Netz aus dem Wasser zu ziehen. Der Landtrust besorgte das.

(Fortsetzung folgt.)

Wie soll da die Welt die Aufrichtigkeit der Reden des französischen Ministerpräsidenten überhaupt noch ernst nehmen, wenn dieser durch die Befehle, die er seiner Justiz erteilt, dieselben Grundsätze in flagrantester Weise zum Nachteil eines Klassenfeindes, der zudem noch eine fremde Nationalität besitzt, selbst mit Füßen tritt.

Da ich bei meiner Vernehmung am 24. März die volle und restlose Verantwortung für alle meine Handlungen und Aufträge, wegen derer man mich eingekerkert hat, ausdrücklich auf mich genommen habe und diese Verantwortung auch heute noch mit demselben Nachdruck auf mich nehme, so fordere ich hiermit, daß Sie unverzüglich alle notwendigen Maßnahmen treffen, um dem bestehenden Skandal ein Ende zu bereiten.

Ich weise Sie bereits heute darauf hin, daß ich, falls Sie nicht binnen kürzester Frist meiner gegenwärtigen Anforderung entsprechen, als Zeichen des Protestes in den Hungerstreik eintreten werde.

Emil Höllein,
Mitglied des Deutschen Reichstags.
z. Zt. Gefangener des Herrn Poincare in der Sante.

Die Konsequenz der Maschinengewehre

Hitler hat in München am 1. Mai eine Niederlage erlitten, die nicht so leicht wieder wettzumachen ist. Er drohte öffentlich mit Sprengung der kommunistisch-sozialistischen Demonstrationen, er prophezeite eine Straßenschlacht, im Falle die Arbeiter wagen würden, auf die Straße zu gehen; er mobilisierte die Sturmtrupps, rückte mit tausenden von Bewaffneten an, setzte sich in den Besitz von Maschinengewehren und Geschützen der Reichswehr, hatte wichtige Punkte der Stadt inne — und sah untätig zu, wie die Arbeiterschaft Münchens hinter den roten Fahnen der Revolution durch die Stadt marschierte.

Was hat das zu bedeuten? Daß Hitler keine moralische Bedenken vor dem geplanten Massenmord an Arbeitern hatte, können wir nach seiner Praxis im letzten Jahre annehmen. Furcht vor der Regierung und ihrer Reichswehr? Noch am Morgen beriet er sich mit seinem Stab und den Reichswehrspitzen, und widerstandslos wurden ihm durch den Oberst Panzer eine Batterie und zahlreiche Maschinengewehre ausgeliefert. Fühlte er sich zu schwach, daß er den Angriff nicht wagte? Die Enthüllungen der „Münchener Post" über seine Vorbereitungen zum 1. Mai zeigen, daß er die Stadt hätte besetzen können.

Die Vaterländischen Kampfverbände waren vollzählig alarmiert. Der Bund Oberland stand am Maximilianeum, also mitten in der Stadt, mit Stahlhelmen, Gewehren und Maschinengewehren. 10 000 Mann standen auf dem Exerzierplatz Oberwiesenfeld an der Perepherie der Stadt. Der Bericht der „Münchener Post" gibt darüber ein anschauliches Bild:

„Die Ausrüstung der Mannschaften war durchaus militärisch. Sie waren in Zügen, wie bei der Truppe, aufgestellt. Jeder einzelne Mann der Sturmtruppen hatte ein modernes Infanteriegewehr, ferner Patronentaschen und Stopfgurten. Auch Handgranatenabteilungen waren aufgestellt. Jeder Mann hatte drei Handgranaten am Gürtel und war außerdem mit einer Pistole ausgerüstet. Schwere und leichte Maschinengewehre sowie Maschinenpistolen waren reichlich vorhanden. Sogar eine Batterie leichter Zwölfzentimeter-Feldgeschütze war hinter einer Baumgruppe aufgestellt, mit der Zielrichtung auf die Arbeiterschaft hinter der Theresienwiese. Auch Flieger waren bereit, für die Flugblätter in Ballen aufgestapelt waren. Ebenso waren Handfesseln vorgesehen, offenbar für den Fall, daß Gefangene gemacht wurden. Die militärische Oberleitung lag bei Hauptmann Gehring, der den Pour le merite trug."

Hitler ist nicht der Mann, der sich in einer solchen Situation von einer ihm weit unterlegenen, mit ihm sympathisierenden Reichswehrtruppe abdrängen läßt, wie die bürgerliche und sozialdemokratische Presse erzählt.

Viel wahrscheinlicher ist es, daß seine Hintermänner, die Großindustriellen und Agrarier aus ganz Deutschland jetzt an dem beabsichtigten Massakre nicht interessiert waren. Die Geldgeber pfiffen Hitler zurück, sie hatten mehr politischen Instinkt als der jugendliche bayrische Faszistenhäuptling, sie wußten, daß die Zusammenstöße der Auftakt geworden wären zum neuen Bürgerkrieg. Das konnten sie nicht wagen am Vorabend der deutschen Unterwerfungskampagne, im Augenblick der neuen Markbaisse, der neuen unerhörten Bewucherung der deutschen Bevölkerung. Der Zeitpunkt war zu ungünstig. Und um den Kind einen Namen zu geben, schob man schnell die bayrische Reichswehr vor, die im Ernstfalle sicher nicht gegen die Faszisten marschi,eren würde und markierte „Ordnung".

Wie dem auch sei, das revolutionäre Proletariat Münchens, das nach vier Jahren maßloser Unterdrückung zum ersten Male nach 1919 wieder das Straßenbild Münchens beherrschte, weiß jetzt, daß es wieder eine Macht ist, die mitzusprechen hat bei der künftigen Gestaltung der politischen Dinge — das heißt — wenn es ernsthaft mitsprechen will.

Zur Vereinigung der 2. und 2½. Internationale

Ueber dieses Thema sprach am vergangenen Donnerstag in einer gut besuchten Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Hamburg der KPD. Genosse Koenen.

Am Schluß seiner Ausführungen stellte Koenen klar und eindeutig die Aufgaben auf, für die sich der Hamburger Kongreß der 2. und 2½. Internationale entscheiden müsse, nämlich:

1. für energischen Kampf für Räumung des Ruhrgebiets und gegen den Versailler Vertrag durch einen Arbeiter-Weltkongreß,
2. für die Schaffung von Abwehrorganisationen des Proletariats im Kampfe gegen den Faszismus und für die Transport-Kontrolle im Sinne des Fimmenschen Aufrufes. (Siehe Nr. 105 der „Schles. Arbeiter-Ztg."),
3. daß die einzelnen Parteien die Agenten ihrer Bourgeoisie nicht in der Welt herumschicken, sondern daß Schluß gemacht wird mit der Koalitions-, Burgfrieden- und Arbeitsgemeinschaftspolitik,
4. für die Einheitsfront aller Gewerkschaften und proletarischen Parteien.

Die Streikwelle in Belgien

Der am 27. April zunächst in Antwerpen ausgebrochene Streik der Post-, Telegraph- und Telephonangestellten übergriff in einigen Tagen auf eine Reihe anderer Städte Belgiens und droht sich zu einem Generalstreik zu erweitern. Die Hauptforderung ist ein minimaler Tageslohn von 12 Frs. Nach zwei Tagen umfaßte der Streik bereits Termonde, Denderleeuw, Gent, Verviers, Lüttich. In Mecheln allein streiken 4500 Angestellte. Die Gewerkschaftsleitung wirkt der Erweiterung der Bewegung entgegen. Dem Brüsseler sozialdemokratischen „Peuple" zufolge begab sich Sonntag eine Abordnung des Vorstandes des Gewerkschaftsbundes, der u. a. de Brouckere und Wauters angehörten, zum Arbeitsminister. Der Minister erklärte, er „verstehe" nicht den Streik, auf keinen Fall würde auch der Ministerrat unter dem Druck eines Streiks Beschlüsse fassen. Trotzdem bezeichnet der „Peuple" diese Unterhaltung als eine „auf gegenseitigem Vertrauen" beruhende. Tatsächlich bemühen sich die reformistischen Gewerkschaftsführer, den gegen ihren Willen ausgebrochenen Kampf zu dämpfen und zu brechen.

Die Streikbewegung ergriff auch das Arsenal von Malines, wo 4000 Arbeiter beschäftigt sind. Wie der „Peuple" berichtet, begaben sich die Gewerkschaftsführer in den Betrieb, um die Arbeiterschaft „in Anwesenheit von Gendarmen" zur Arbeitsaufnahme zu zwingen. Stundenlang überredeten sie die Arbeiter, die sich widersetzten. Dasselbe wiederholte sich auch in anderen Staatsbetrieben, doch nicht überall mit Erfolg. In Brüssel wurde die Streikbewegung der Post- und Telegraphenangestellten von der Gewerkschaft direkt verboten und bewirkte zum Teil die Arbeitsaufnahme.

Die reformistischen Streikerdrosseler berufen sich auf die schwierige „internationale Lage". Also um der belgischen Regierung den Ruhrkrieg zu erleichtern, würgen die Gewerkschaftsführer und die Führer der belgischen Sozialdemokratie den Lohnkampf von Zehntausenden von Proletariern gewaltsam ab.

Vom Tage

Eine Bande internationaler Ladendiebinnen wurde, nach den Morgenblättern, für Beutezüge durch Berliner Geschäftshäuser mit Gefängnis- und Zuchthausstrafen von 1½ bis 2 Jahren bestraft.

Aus der Partei

Zuwachs.

Die Ortsgruppe Magdeburg der USPD. hat sich im vorigen Monat aufgelöst. Ein großer Teil der Mitglieder ist zu unserer Partei übergetreten.

Ebenfalls ist die Ortsgruppe der USPD. in Atzendorf mit 30 Mitgliedern zur KPD. übergetreten.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Artur Dombrowski, für den Inseratenteil: Max Zschocher; Rotationsdruck und Verlag: Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien e. G. m. b. H., sämtlich in Breslau.

Versammlungs-Kalender.

Jede Zeile unter dieser Rubrik kostet 50 Mark.

KPD Bezirksleitung: Büro u. Kasse: Breslau, Trebnitzerstr. 50. Tel. Ring 8847. Adresse: Alfr. Oelßner, Breslau, Trebnitzerstr. 50.

Bezirksleitung. Mittwoch nachmittag 5 Uhr, im Parteibüro, Trebnitzer Straße 50, Vollsitzung der Bezirksleitung. Alle Mitglieder müssen pünktlich erscheinen. Wichtige Tagesordnung.
— **Frauen-Mitgliederversammlung** am 9. Mai fällt aus, dafür erscheinen alle Genossinnen in der Mitgliederversammlung am 11. Mai.
— Freitag, den 11. Mai, abends 7 Uhr, in der „Bratislawia", Mauritiusplatz. Mitglieder-Versammlung. Fürstenstraße Distrikt 12.
Gottesberg. Donnerstag, den 10. Mai (Himmelfahrt) Ausflug der Genossen nach dem Forst. Abmarsch früh 5 Uhr vom Topfmarkt aus. Rege Beteiligung erwünscht.
Markliffa. Sonntag, den 13. Mai, nachm. 3 Uhr, in der Brauerei Beerberg, Mitgliederversammlung. Infolge der reichhaltigen Tagesordnung ist es Pflicht jedes Genossen und jeder Genossin pünktlich zu erscheinen. Der Genosse Diewald wird in einem Vortrag seine Erlebnisse in Sowjet-Rußland schildern. Funktionäre erscheinen eine Stunde früher. Gäste sind willkommen.
Striegau. Donnerstag, den 10. Mai, abends 7,30 Uhr, Mitgliederversammlung in der „Stadt Breslau". Wichtige Tagesordnung. Pflicht jedes Genossen und jeder Genossin ist es, zu erscheinen.

KJD Bezirksleitung: Max Gläser, Breslau, Nikolaistraße 49/50. Postscheck-Konto: Breslau 67595 Max Gläser.

Alle Ortsgruppen der Kommunistischen Jugend, Bezirk Schlesien, werden hiermit aufgefordert, bis zum 15. Mai die Adresse der Vorsitzenden an die Adresse der B.L. einzusenden.
Breslau. Heim Lenin. Dienstag, den 15. Mai, abends 7 Uhr, im Schulhaus Anderssenstr. 38/42, Mittelhaus [illegible], Zimmer 2, Heimabend. Gäste herzlich willkommen.
— **Heim Trotzki.** Dienstag, den 15. Mai, im Schulhaus Fürstenstr., Kinderhortzimmer, Heimabend. Gäste sind eingeladen.
— **Heim Liebknecht.** Dienstag, den 15. Mai, im Schulhaus Steinstraße, Vortrag des Genossen Werner über die politische Lage. Alles muß erscheinen. Gesangbücher mitbringen.
— **Heim Luxemburg.** Mittwoch, den 16. Mai, im Schulhaus Brockauerstr. 5/12, Heimabend. Thema: Unser Kampf gegen den Faszismus. Gäste haben Zutritt.

Gewerkschaften

Breslau. Metallarbeiter der Opposition. Donnerstag, den 10. Mai, vorm. 9,30 Uhr, in Scholzes Lokal, [illegible], [illegible], wichtige Zusammenkunft. [illegible]
— **Achtung Stuckarbeiter.** Donnerstag, den 10. Mai, vorm. 9 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus, Zimmer 9 Versammlung statt.
Görlitz. Am Mittwoch, den 9. Mai, abends 6 Uhr, findet im Volkshaus „Neue Welt" eine Ortsausschußsitzung statt. Zu dieser Sitzung sind auch die Ortsverwaltungen, Betriebsräte und Funktionäre der freien Gewerkschaften eingeladen. Der wichtigen Tagesordnung wegen ist es Pflicht, pünktlich zu dieser Sitzung zu erscheinen.

Andere Organisationen

Münsterberg. Freitag, den 11. Mai, abends 7 Uhr, Protestversammlung der freien Elternvereinigung in der [illegible]. Referent [illegible]
Hirschberg. Verein der Freidenker für Feuerbestattung E.V. (Sitz Berlin). Gesamt-Versammlungen mit Werbefilmvorführung am Dienstag, den 8. Mai, in Hermsdorf u. K. „Weißer Löwe", Mittwoch, den 9. Mai, in Hirschberg. [illegible]. Referent in allen Versammlungen Verf. Mürth, Berlin. Beginn der Versammlungen abends 8 Uhr.

Matthias-Kino
Matthiasstraße 38
Moltkestraße 9

Graf v. Essex
Kolossalgemälde
7 Akte.

Gitors
der König der Abenteurer
6 Akte.

Kaufe
Gold- Silber-
Platin-Bruch
Zahngebisse
Uhren
zu höchsten Tagespreisen
E. Beyer
Blücherstraße 15

Zahle
für Rohprodukten jeder Art, sowie für Makulatur, Säcke und Felle
die höchst. Tagespreise
Genosse Krause,
Reuschestrasse 50.

Aelterer
Genosse
sucht für sofort ein sauber. möbl. Zimmer. Offerten unter A.B. in der Expedition dies. Zeitung abzugeben.

Achtung!
Wo
?
kauft man neue und gebrauchte
Möbel
sowie ganze Einrichtungen am billigsten und vorteilhaftesten
Bei H. Kluge
Neumarkt 12, I.

Arbeiter!
Beachtet mein
Friseurgeschäft
Zeitung liegt aus.
M. Brünn
An den Kasernen 5.

K.P.D. – Ortsgruppe Breslau.
Freitag, den 11. Mai, abends 7 Uhr in der „Bratislawia", Mauritiusplatz
Mitglieder-Versammlung
Tagesordnung:
1. Die Angriffe der Allgemeinen Arbeiter-Union und der Syndikalisten.
2. Bericht über die Propagandawoche, Meeting, Maifeier und unsere bevorstehenden Aufgaben.
3. Die Aufgaben unserer Genossinnen am Ausbau unserer Organisation.
4. Verschiedenes.
Das Erscheinen aller Genossen und Genossinnen in dieser hochwichtigen Versammlung wird erwartet. Kein Mitglied darf fehlen.
Die Ortsleitung.

Soeben neu erschienen:
Brot und Maschinen für Sowjet-Rußland
Ein Jahr proletarischer Hilfsarbeit
von Willi Münzenberg.
Broschiert, 38 Seiten stark.
Preis 200.— Mark.
Zu beziehen durch die Produktiv-Genossenschaft für die Prov. Schlesien e.G.m.b.H., Breslau, Nikolaistr. 49/50
Abteilung Buchhandlung.

Ankauf
von
Gold-, Silber-, Platin-, Uhren-Bruch-Gegenständen
wie Bestecke in Silber u. Alpaka etc.
zu höchsten Tagespreisen
im Laden
Brüll & Co.
Matthiasstrasse 58.

Proletarier!
Beseitigt die Hindernisse der Sprachschranken! Lernt die
Weltsprache „Esperanto"
die von Arbeitern aller Nationen gesprochen und auch verwendet wird!

Älterer, besserer Herr sucht bei guter Bezahlung
sauber möbliertes Zimmer
für spätestens 15. Mai. Baldige Offert. bitte unter M. P. 17 in der Expedition dieser Zeitung abzugeben.

Hast Du schon
das Kommunistische Einmaleins
gekauft?

Aluminium-
Zinngeschirr
sowie sämtliche Metalle und Eisen
kauft
M. Bartsch / Oderstrasse 17.
Achtung auf Haus-Nummer.

Der Bankerott Deutschlands!
189 Seiten stark. Preis brosch. 2000 Mk.
Deutschland – eine Kolonie?
von Dr. Eugen Pawlowski.
Aus dem Inhalt heben wir folgende Kapitel hervor:
1. Wessen Kolonie soll Deutschland werden?
2. Die passive Wirtschaftsbilanz Deutschlands.
3. Die Produktion Deutschlands in der Nachkriegszeit.
4. Die Reparationsfrage.
5. Die Handels- und Zahlungsbilanz Deutschlands.
6. Außenpolitische Fragen.
90 Seiten stark. Preis 1400 Mk.
Die Not der Proletarierkinder
Herausgegeben vom Frauen-Reichssekretariat der KPD.
20 Seiten stark. Preis 150 Mk.
Bestellungen nimmt schon jetzt entgegen die
Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien e. G. m. b. H. / Breslau / Nikolaistraße 49/50.
Abteilung Buchhandlung.